

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 51/52 vom 24. Dezember 1982

16. Jahrgang

1 DM

## Hamburger Wahl

# Ein Votum gegen Rechts

Das Ergebnis der Wahlen zum Hamburger Senat ist eindeutig: die beiden Regierungsparteien kamen zusammen nur auf etwa 41 Prozent der Wählerstimmen, wobei die FDP regelrecht massakriert wurde, die CDU schwere Verluste einstecken mußte. Ihr Konzept ging völlig daneben: Schließlich war es die CDU gewesen, die seit Juni ständig diese Neuwahl gefordert hatte — in der Hoffnung, die Landesregierung stellen zu können. Die Behauptungen der CDU/CSU-Redner in der Bundestagsdebatte, der „Bürger“ verstehe und billige ihre Politik mit großer Mehrheit, stimmt so, wie es sich die Rechten erhofft hatten, offensichtlich nicht.

Tatsache ist, daß die SPD überall gewann, am meisten dort, wo sie früher und auch noch bei der letzten Wahl ohnehin ihre meisten Stimmen erhielt — in den Gebieten mit überdurchschnittlicher Arbeiterbevölkerung. Dies, und die gewachsene Wahlbeteiligung, sowie die direkten Verluste der CDU an die SPD, waren die Quellen des Wahlsieges der Sozialdemokratie.

Die politischen Ursachen für diese, in dieser Eindeutigkeit doch unerwartete Wahlschlappe der Bonner Rechtskoalition, liegen auf der Hand: Die Art und Weise des Regierungswechsels wirkt nach, und die konservative Kahlschlagpolitik im gesamten Sozialbereich bewirkt Widerstand.

Die GAL konnte ihrerseits ihren Wähleranteil einigermaßen stabil halten (die prozentuellen Verluste dürften vor allem auf die höhere Wahlbeteiligung zurückzuführen sein), was nochmals unterstreicht, daß es hier tatsächlich eine Formierung einer Oppositionsbewe-



gung bestimmter Teile des Kleinbürgertums gibt.

Mit Sicherheit ist es müßig, aus dem Ausgang der Hamburger Wahl allzuviel über die Neuwahlen zum Bundestag zu spekulieren. Tatsache aber bleibt, daß dieses eindeutige Wähler-votum in Hamburg für die politische Reaktion ein Schlag war. Denn, was auch immer die Wähler, die Arbeiter, eben vor allem dabei bewegt hat an Erwartungen in bezug auf die SPD: Vor allem hat sie der

Protest gegen die unsoziale, arbeiterfeindliche Politik der neuen Bonner Koalition bewegt.

Mit dieser Opposition gegen Bonn aus der Arbeiterschaft und Teilen des Kleinbürgertums ergab sich das Votum gegen Rechts — die Losung vom „rot-grünen Chaos“, das die CDU an die Wand malte, zog ebensowenig wie die Haushaltsbeschlüsse in Bonn auf Gegenliebe stießen.

Die Hamburger Wähler stimmten also eindeutig für eine andere Politik, als sie heute von den Kapitalisten gefordert wird und von deren Bonner Handlangern durchgeführt.

Die Bedingungen dafür, eine wirkliche, eine klassenkämpferische Front gegen den Kurs des Kapitals und der politischen Reaktion zu schaffen, haben sich durch diese eindeutige Willensbekundung ohne Zweifel verbessert — ihre Notwendigkeit wird aber auch dadurch nochmals unterstrichen, denn die SPD wird nicht die Kraft sein, die das zustande bringt, zustande bringen will.



Der Gedanke war den Hamburger Wählern so fern offenbar nicht

## Landeslisten gebildet

KPD/BWK-Wahlbündnis revolutionärer Sozialisten

Im Wahlbündnis zwischen der KPD und dem BWK wurden inzwischen für sieben Bundesländer die jeweils für Genossen der anderen Organisation offenen Landeslisten gebildet. Vom BWK in Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen, von der KPD in Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

Unsere Leser rufen wir auf, diese revolutionäre Kandidatur zu unterstützen! Näheres dazu auf Seite 3 unter „Wahlkampf aktuell“.



## Streik auf der Henrichshütte

Am letzten Freitag (17. 12.) trat die Fröhschicht der zum Thyssen-Konzern gehörenden Henrichshütte in Hattingen in einen anderthalbstündigen Proteststreik. Die Stahlarbeiter zogen vor das Verwaltungsgebäude und forderten in Sprechchören: „Arbeitsplätze her, sonst geben wir keine Ruhe mehr!“. Auch die Lehrlinge nahmen an der Arbeitsniederlegung teil. Sie führten ein Transparent mit, auf dem es hieß: „Unser Zorn ist riesengroß — nach der Lehre arbeitslos“. Mit ihrer Aktion reagierten die Kollegen auf die Ankündigung der Thyssen-Bosse, daß auf der Henrichshütte 900 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen.

## Eugen Loderers „Wahlempfehlung“

# IGM-Vorsitzender für große Koalition

Eugen Loderer ist sich eins mit Franz Josef Strauß: Für den Fall, daß CDU/CSU und SPD nicht alleine die Regierung bilden können und die „Grünen“ als dritte Partei in den Bundestag einziehen würden, empfehlen beide eine Koalition von CDU/CSU und SPD. Aber: Was bei Strauß machtpolitisches Kalkül ist, ist bei Loderer eine Ausverkaufserklärung der IG Metall.



Loderers „Partner“ will Deutschland (das ganze) in seine Ordnung bringen

Die „staatstragenden Parteien“ müßten sich in solch einem Falle eben zusammenschließen, das ist bei beiden die politische Begründung für ihren Vorschlag.

Nun: Es ist seit längerem bekannt, daß natürlich Leute wie Loderer mit ihren dunklen Berliner Geschäften diesem Staat näher stehen als den Interessen der Gewerkschaftsmitglieder.

Aber: So eine Aussage gerade jetzt, da ein Herr Stoltenberg den Betriebsgefolgschaften (es heißt -Belegschaften) im Metallbereich befiehlt, ihre Lohnforderung zu senken, da Lohnpausen-Blüm seine Attacken auf die Gewerkschaft

fortsetzt (Blüm erhielt übrigens von Loderer als erstem und — hoffentlich auch weiterhin — einzigem Gewerkschafter ein Lob ausgesprochen), das ist ein Schlag ins Gesicht seiner eigenen Mitglieder.

Obwohl Loderer auch schon 1980 zu jenen gehörte, die für ein gutes Verhältnis mit den aufmarschierenden Strauß-Truppen arbeitete, sollte er nicht vergessen, daß das einzige Mal, als es bisher in der BRD eine große Koalition gab, diese nicht zuletzt gegen den DGB gerichtet war und gegen dessen Widerstand zustandekam.

Allen  
unseren  
Lesern ein  
frohes,  
erfolgreiches  
Neues Jahr!

Der nächste „Rote Morgen“, Nummer 1/83 erscheint am 7. Januar

## Solidarität mit den Heckel-Arbeitern!

Seit dem 4. November halten die Beschäftigten der Georg Heckel GmbH in Saarbrücken-Burbach ihren Betrieb besetzt. Sie kämpfen gegen die Schließung des Heckel-Werkes, das zum Arbed-Konzern gehört. Auch über Weihnachten und Neujahr wollen die Kollegen durchhalten. Unterstützt werden sie von ihren Frauen, die angekündigt haben, mit ihren Männern gemeinsam Weihnachten im Betrieb zu feiern (Bericht auf Seite 3). Die Heckel-Beschäftigten und ihre Familien brauchen unsere Solidarität!

Solidaritätsschreiben an: Belegschaft und Betriebsrat der Firma Georg Heckel Altenkesseler Str. 17 6600 Saarbrücken 5

Geldspenden an: Konto-Nummer 4944 Stadtparkasse Saarbrücken  
Kennwort: Betriebsbesetzung Georg Heckel

## Mit Wünschen und Hoffen ist nichts getan

Ob Friede, ob Krieg und Elend war,  
Wir wünschten uns immer ein frohes Neujahr.  
Doch keines der Jahre wurde froh  
Und ein Glück nach dem anderen floh.

Wir begrüßten in jeder Sylvesternacht  
Das alte Jahr, das uns nichts gebracht  
Und hofften vom neuen die neue Zeit.  
Doch auch das neue brachte nur Leid.

Mit Wünschen und Hoffen ist nichts getan.  
Wie viele leben noch in dem Wahn,

Daß Recht und Friede dieser Erde  
Wie ein Geschenk uns gegeben werde.

Nein, laßt das neue Jahr uns beginnen  
Mit heißem Entschluß und klarem Besinnen,  
Bewußt, daß nur unsre eigne Kraft  
Freiheit, Frieden und Ordnung schafft.

Dann werden in einer Sylvesternacht  
Alle Tore und Fenster aufgemacht  
Und in allen Straßen belebt sich's brausend:  
Genossen, ein fröhliches Neujahrtausend!

Erich Weinert

Bundeshaushalt 1983 verabschiedet:

# CDU will Schlösser statt „Luftschlösser“

Die Bilanz des Haushalts, wie er in der vergangenen Woche als Hauptwerk der neuen Regierung verabschiedet wurde ist eindeutig. Die CDU-Abgeordnete Kreile nannte es beim Namen: Der Bau von Luftschlössern sei nicht teuer, wohl aber ihr Abriß. Mit Luftschlössern meinte die Regierungskoalition beispielsweise Chancengleichheit in der Bildung und überhaupt alles, was mit mehr Gleichheit zu tun hat. Statt solchen sogenannten Luftschlössern sollen jetzt lieber Schlösser gebaut werden — für die Reichen dieses Landes.

Die Bilanz, wie gesagt ist eindeutig: mehr Abgaben für die arbeitende Bevölkerung, weniger Rente, weniger Sozialhilfe, weniger Wohngeld, kaum noch BAFöG. Auf der anderen Seite: Senkung der Gewerbesteuer, Steuergeschenke vor allem (zunächst) für Berlin-Investitionen, das neue Mietrecht und der Rientopf für die Rüstungsgewinnler!

Ohne Eingriffe in den Besitzstand, so Finanzminister Stoltenberg, könne es nun mal keine Gesundung des Staatshaushalts geben. Die Verschuldung allerdings wurde weiter erhöht, so daß von Abbau des belastenden Berges keine Rede sein kann. Die interessante Frage: Eingriffe in wessen Besitzstand denn nötig seien, wollte man natürlich in den neuen Regierungskreisen nicht beantworten.

Da wurde auch die These, mit der die alte sozial-liberale Regierung ihre Sparpolitik begründet hatte, kurzerhand vom Tisch gewischt. Hatte es seither immer geheiß, Einschnitte seien nötig, um das „soziale Netz“ als ganzes erhalten zu können, so wurde jetzt aus eben diesem „Netz“ ein Luftschloß, schloß.

Der sozialpolitische Sprecher der SPD, Gombig, nannte es denn auch beim Namen, von welchem Kurs sich die Konservativen leiten lassen. „Die Reichen sind leistungsunwillig, weil sie zu wenig bekommen, die Armen weil sie zu viel bekommen“, das sei der konkrete Inhalt der Lösungen von CDU und CSU, wenn sie davon sprächen, „Leistung müsse sich wieder lohnen“. In der Tat hat er damit recht, das ist die Leitlinie der neuen Regierung und die konzentrierte Kampagne in den Medien unterstreicht das sehr klar.

Nur erhebt sich ja die Frage, was die SPD als Alternative gegen diesen Kurs anzubieten hat, den sie kritisiert.

Keiner, der die Sache ausführlich verfolgt hat, kann verkennen, daß hier nicht nur eine neue Sprache auf der Regierungsbank gesprochen wird, sondern daß dies auch neue, weitergehende, eine klare Richtung weisende Maßnahmen sind, die da eingeleitet werden.

Aber die Gegenkonzepte der SPD wie „bedachtsames Einsparen“, sozial ausgeglichen kürzen und ähnliche Dinge, die hat sie weder zu ihrer eigenen

Regierungszeit erfüllt, noch sind sie ein wirklicher Ausweg. Denn: Wenn Reich und Arm gleichviel abgeben müßten, wären die Armen immer noch ärmer dran.

Einzig der nordrhein-westfälische Finanzminister Posser brachte im Bundesrat die Sprache wenigstens auf einen der entscheidenden Punkte: Er führte das Beispiel aus einer Untersuchung seiner Finanzbeamten an, die kürzlich veröffentlicht worden war, in der beispielsweise belegt wurde, daß durch Steuerbetrug in einem Fall für ein Einkommen von 43 000 DM im Monat keine müde Mark Steuern bezahlt wurden...

Aber an konkreten Maßnahmen gegen einen solchen Milliardenbetrug, wie er sich da zusammensammelt, wurde bei der SPD offensichtlich einmal nicht nachgedacht. (Schließlich handelt es sich ja allein bei dem genannten Einzelfall um einen Steuerbetrug von über einer Viertel Million Mark, der da eigentlich fällig gewesen wäre).

Die Redner von CDU und CSU, die im Verlaufe der Bundestagsdebatte verschiedentlich den „Sparzwang“, Erbe der SPD-Regierungspolitik, als Begründung für ihr Vorgehen nannten, kamen aber auch immer wieder mit den wahren Beweggründen für ihre Politik hervor. Am klarsten dabei die Rede des Sprechers der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel.

Die Politik seiner Partei werde akzeptiert meinte Waigel, denn mittlerweile habe „jeder Bürger begriffen, daß unrealistische Vorstellungen von Gleichheit auf Dauer die Freiheit gefährden“. Die Freiheit des Unternehmertums, wie sie vor allem eben die CSU auf ihre Fahnen geschrieben hat, das ist die zentrale Achse der neuen Regierungspolitik: Da wird alles weggewischt, was dies — und sei es auch nur zum Schein — verzögern könnte.

Mit der Verabschiedung dieses Haushalts sowie des Nachtrags für dieses Jahr und der Begleitgesetze (vor allem das neue Mietrecht) hat die CDU/CSU-FDP-Regierung tatsächlich die von den Kapitalisten geforderte und den Konservativen so lautstark propagierte „Wende“ vollzogen.

Alternativen zu einer solchen Politik kamen kaum zur Sprache, an einigen Punkten von SPD-Rednern in Bundestag oder eben im Bundesrat wie Posser. Die Rekordausgaben für die Rüstung wurden nicht in Frage gestellt. Zum Thema wurde dies lediglich von Karl-Heinz Hansen von den DS und dem SPD-Abgeordneten Erich Meinike gemacht.

Schlösser für die Reichen statt Luftschlösser für die Arbeiter, das ist sehr wohl der Inhalt dieses Finanzprogramms der neuen Bundesregierung, vornehmer ausgedrückt eben: unternehmerische Freiheit statt „utopische Gleichheitsideale“. Wobei unter letzterem ungefähr alles zu verstehen ist, was die Arbeiterbewegung im letzten Vierteljahrhundert an Forderungen erhoben hat oder gar durchgesetzt.



Widerstand gegen den Sozialabbau: ÖTV-Kollegen bei einer Demonstration des DGB

Neuwahlen

## Strauß läßt aufmarschieren

Nachdem die Prozedur im Bundestag beendet war, die Vertrauensfrage wie erwartet entschieden, rückten die Vorbereitungen der Parteien auf die Neuwahl in den Blickpunkt des Interesses. Und dabei ist es eine der wichtigsten Tatsachen, daß Franz-Josef Strauß seine Rückkehr nach Bonn vollzieht.

Als Spitzenkandidat der CSU in Bayern ist sein Einzug in den Bundestag ebenso gewiß, wie seine im Raum stehende Forderung nach einem zentralen Ministeramt.

Dabei steht die Frage nach Kohls Kanzlerschaft gegenwärtig nicht. Selbst jene Rechtsaußen in der CDU, die vor drei Jahren dafür sorgten, daß Strauß Kandidat beider Unionsparteien wurde, wie der Abgeordnete Abelein und seine Gruppe, sind heute für einen Kanzler Kohl.

Aber Straußens Marschroute liegt klar auf der Hand: Kommt die FDP nicht wieder in den Bundestag, will er einen Ministerposten mehr für seine CSU, den des Außenministers für sich. Kommt die FDP doch in den Bundestag — wogegen Strauß durchaus kämpft — soll Genscher das Innenministerium übernehmen und wiederum er selbst das Außenministerium.

Dem dient seine regelrechte Kampagne, die er in diesen Tagen gestartet hat, mit Reisen durch europäische Hauptstädte, mit seiner Erklärung, im Osten Europas würde man einen konservativen Außenminister einem „rot-grünen“ vorziehen.

Er hat seine Mannschaft für einen neuen Aufmarsch formiert, die bisherige Beteiligung der CSU an der neuen Regierung ist da nur der Anfang. Man muß klar sehen, daß sich Strauß in seinen Rezepten dadurch von der gegenwärtigen Regierung unterscheidet, daß er sie einerseits als „Übergangsregierung“ bezeichnet, und daß er andererseits noch viel weitergehende Vorstellungen hat. Statt „Wende zur Stabilität“ wie es bei der CDU heißt, tönt er von „Deutschland wieder in Ordnung bringen“.

Der Übergang, den er meint, ist der Übergang zur Schaffung einer „formierten Gesellschaft“ um diesen alten Ausdruck des früheren Kanzlers Erhard einmal zu benutzen. Was zum Beispiel heißt: Formierung der Bil-

dungspolitik hin zum Gymnasium als Eliteproduktionsinstrument, Organisation eines offiziellen Sozialpakts zwischen Unternehmern, Staat und DGB, oder auch Zerschlagung der Friedensbewegung durch polizeiliche und juristische Mittel samt einer begleitenden Hetzkampagne für die dann wohl der

„Bayernkurier“ den Vorbeter spielen soll und anderes mehr.

Daß er heute so stark auf das Außenministerium spekuliert hat damit zu tun, daß er die Macht- und Geldinteressen der westdeutschen Kapitalisten immer noch zu wenig energisch vertreten sieht, die Lösung der „Kontinuität in der Außenpolitik“ abschaffen will. Es hat aber auch mit seinem Machtkalkül zu tun. Seine Überlegung heißt eben auch Vizekanzler zu werden, wie es bisher stets der Außenminister war.

Was nicht im Bundestag gesagt wurde

## 10 000 Mark im Monat

Steuerpolitik, so sagte ein CDU-Abgeordneter im Bundestag, sei eben immer auch Sozialpolitik. Und da muß man ihm ausnahmsweise einmal recht geben. Wer wie besteuert wird, wem welche Schlupflöcher gelassen werden und so weiter — alles das hat eine sehr nachhaltige Auswirkung auf die jeweiligen Lebensumstände. Darüber wurde aber nicht weiter gesprochen.

Wenn Herr Stoltenberg meint, ohne Eingriffe in die Besitzstände ginge gar nichts mehr, dann gibt es dafür in der Tat zwei Alternativen: Entweder man macht es so, wie in Bonn, nimmt den arbeitenden Menschen und gibt den Reichen.

Oder: Man greift in deren „Besitzstände“ ein, die sind ohnehin ungleich größer. Exminister Lahnstein behauptete dazu im letzten Jahr, das ginge nicht, weil es zu wenig einbrächte. Die neue Regierung sagt, so ein Vorgehen wäre das Ende der bundesdeutschen Wirtschaft, denn dann würden die „Leistungsträger“ einfach abhauen.

Ist nur die Frage, wer abhauen will. Wegsteuern aller Einkommen über 120 000 DM im Jahr, da bleiben immer noch gute 10 000 DM monatlich als Spitzenverdienst, da braucht keiner zu darben, das ist keine „Gleichmacherei“.

Die andere, wichtige Frage ist: Warum? Warum soll ein Manager für seine Kahlschlagstrategien 50 000 DM bis 80 000 DM jeden Monat erhalten, während die Arbeiter, die er auf die Straße warf, mit 1 000 DM bis 1 600 DM darstehen? Warum

sollen Aktien in Zukunft noch mehr steuerlich begünstigt werden, während Arbeiter und Angestellte immer mehr Abgaben bezahlen sollen?

Und wenn eine solche Riesensumme den feinen Herren zu wenig ist, wenn sie meinen, im Angesicht der Drohung „nur“ noch 10 000 DM im Monat zu haben, auswandern zu müssen, dann könnte man ja auch für die mal eine Zumutbarkeitsklausel einführen.

„Die Reichen sollen die Krise bezahlen“ — diese Forderung der KPD ist eben nicht nur ein willkürlicher Slogan. In dieser Losung besteht die einzige Alternative zur Bonner Krisenpolitik, die einzige Alternative im Sinne der Arbeiter. Und wer mehr als 10 000 DM im Monat hat, der muß eben seinen Luxusledergürtel etwas enger schnallen. Ja, Steuerpolitik ist Sozialpolitik, ist Klassenpolitik. Die Forderung nach Wegsteuern aller Einkommen über 120 000 DM jährlich, wie sie die KPD in ihrer wirtschaftspolitischen Erklärung vertritt, trägt dem Rechnung. Und vertritt dabei eben die Interessen der Arbeiterklasse.

## Ertappt

Es wird so offensichtlich gelogen, daß man wirklich „ertappt“ rufen kann. Die neue Regierung mit ihren Mietrechtsänderungen ist gemeint. Das „grüne Licht“ für Mieterhöhungen soll Wunder wirken: Erst die Bautätigkeit wieder ankurbeln, dadurch neue Arbeitsplätze am Bau schaffen und schließlich auch noch so viele Wohnungen, daß sie durch ein Überangebot auch wieder billiger werden.

Ohne jetzt große Worte darüber zu verlieren, daß die Händler mit dem Dach überm Kopf solche hehren Absichten noch nie hatten, soll hier nur angemerkt werden, worin sich der neue Entwurf von dem der alten Regierung unterscheidet: Daß Mieterhöhungen auch für Altbauten zugelassen werden.

Und weil für Altbauten also enorme Mieterhöhungen zugelassen werden, deshalb werden mehr Häuser gebaut? So sagte es der Pausen-Blüm im Bundestag. Offensichtlich meint er, neben einer Lohnpause auch noch gleich eine Denkpause verabreichen zu können.

## Nachrechnen

Muß man mal, wenn man folgendes Urteil aus München überlegt: Ein Mann, vom Händler dabei ertappt, wie er im Kasten eine Zeitung für 1 Pfennig kaufen wollte, also um 39 Pfennig betrog, mußte eine Strafe von sage und schreibe 1 200 DM bezahlen.

Mit anderen Worten: Der „wirtschaftliche Schaden“ wurde mit einer Summe bestraft, die das 3 000fache des Delikts darstellt.

Da es nun bei uns in der Bundesrepublik bekanntlich keine Klassenjustiz für die Reichen gegen die Arbeiter gibt, muß man jetzt im Hause Flick und den Bungalows einiger Minister eifrig nachrechnen. Denn diese Leute haben ja nun die Staatskasse um einen Betrag von über 800 Millionen betrogen.

Wie gesagt, bei uns herrscht — auf dem geduldigen Papier jedenfalls — gleiches Recht für alle. Aber die Summe von 800 Millionen mit dem 3 000fachen Satz bestraft, das übersteigt selbst die Möglichkeiten des Hauses Flick. Enteignen wäre ein milderer Urteil.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.



Besetzte Drahtseilfabrik Georg Heckel in Saarbrücken-Burbach. Die Kollegen wollen auch über Weihnachten und Neujahr durchhalten.

## Flugblatt der Heckel-Frauen

# „Wir feiern Weihnachten mit unseren Männern im Betrieb“

SAARBRÜCKEN.— In der vergangenen Woche wandten sich die Frauen der Arbeiter des Arbed-Tochterunternehmens Georg Heckel GmbH mit einem Flugblatt an die Bevölkerung von Saarbrücken. Sie rufen zur Solidarität auf mit dem Kampf ihrer Männer gegen die geplante Schließung des Heckel-Werkes. Seit Anfang November halten die 220 Beschäftigten der im Saarbrückener Stadtteil Burbach gelegenen Drahtseilfabrik bei Aufrechterhaltung der Produktion den Betrieb besetzt (der RM berichtete darüber). Die

Kollegen kämpfen auf diese Weise gegen die beabsichtigte Stilllegung des Werkes.

Schon bei Beginn der Besetzung kündigten die Kollegen an: „Wenn es sein muß, halten wir durch bis Weihnachten“. Daß dies keine leeren Worte waren, stellen die Heckel-Arbeiter jetzt unter Beweis. Und nicht nur sie, sondern auch ihre Ehefrauen.

Die Heckel-Arbeiter haben beschlossen, auch über Weihnachten und Neujahr die Betriebsbesetzung aufrecht zu erhalten. Dies trotz aller Härten und Unbequemlichkeiten, die

sie nun bereits seit fast sieben Wochen durchzustehen haben. Und ihre Frauen halten fest zu ihnen und unterstützen sie aktiv im Kampf. Jetzt haben die Heckel-Frauen beschlossen, Weihnachten mit ihren Männern zusammen im Betrieb zu feiern.

Die Heckel-Frauen informierten die Saarbrückener Mitbürger über ihren Entschluß mit einem Flugblatt, das sie in der vergangenen Woche in der Stadt verteilt. Wir drucken dieses Flugblatt hier im vollen Wortlaut ab:

## Wir, die Heckel-Frauen, kämpfen für unsere Familien und unser Land!

Die Belegschaft der Firma Georg Heckel, Burbach, und deren Familien stimmen einer Firmenschließung nur dann zu, wenn die zugesagten Ersatzarbeitsplätze in Burbach geschaffen sind.

Wir, die Heckel-Frauen und die Belegschaft, werden dem psychischen Terror der Konzernleitung weiter standhalten!

Wir, die Heckel-Frauen, kämpfen weiter um die Arbeitsplätze unserer Männer und damit aller Stahlarbeiter an der Saar!

Wir, die Heckel-Frauen, werden weiter Lügen der Kon-

zernleitung und der Bundes- und Landesregierung aufdecken.

Wir, die Heckel-Frauen, stellen klar, daß

- die Konzernleitung statt der zugesagten 200 Arbeitsplätze nur 56 Scheinarbeitsplätze schaffen will!
- voll arbeitsfähige Männer den Sozialplan akzeptieren müssen.

Wir, die Heckel-Frauen, stellen fest:

- Unsere Jugend hat ein Recht auf Arbeit jetzt und in Zukunft!
- Der Anspruch auf Arbeit ist

im Grundgesetz verankert!

- Unsere Forderung auf Einhaltung der seit 1978 gegebenen Arbed-Zusagen bleibt bestehen.

Wir, die Heckel-Frauen, sind solidarisch mit unseren Männern! Wir feiern Weihnachten mit unseren Männern und unseren Familien im Betrieb!

Wir, die Heckel-Frauen, bitten auch Sie um Solidarität mit unseren Männern!

Für den Erhalt der Arbeits-

plätze der Firma Georg Heckel!

Für den Erhalt der Arbeits-

plätze bei Arbed-Saarstahl und

Techno-Arbed!

Die Heckel-Frauen

## Stoltenberg: „7,5 Prozent sofort korrigieren“

# Unternehmerknechte in ihre Schranken weisen!

Eine derartige Anmaßung hat sich bislang noch kein Bonner Minister gegenüber der Arbeiterschaft erlaubt, wie in der vergangenen Woche der neue Bundesfinanzminister Stoltenberg. Die 7,5-Prozent-Forderung der baden-württembergischen IG Metall sei — so tönte der „Schnullermund“ — „völlig unhaltbar“ und die IG Metall habe diese Forderung gefälligst „sofort und entscheidend nach unten zu korrigieren“.

Ja, wo sind wir denn eigentlich? Seit wann müssen die Gewerkschaften denn ihre Forderungen in Bonn zur Genehmigung vorlegen?!

Diese Bonner Wunschregie-

nen feuchten Dreck! Stoltenberg und Co. scheinen vergessen zu haben, daß jene finsternen 12 Jahre, als im offiziellen Sprachgebrauch keine Beleg-schaften sondern nurmehr „Gefolgschaften“ existierten, seit 1945 vorbei sind!

Im übrigen müssen Stoltenberg und Konsorten sich schon verdammt sicher im Sattel fühlen (in den sie durch die Vergewaltigung des Wählerwillens gelangt sind), wenn sie sich angesichts bevorstehender Neuwahlen derartig unverschämte als Zuchtmeister im Dienst der Unternehmerschaft aufführen.

Für den IG-Metall-Vorstand in Frankfurt müßte dieser beispiellose Angriff auf die Tarifautonomie nun endgültig den

Ausschlag geben, ihre leidige 6,5-Prozent-Empfehlung schnellstens zu vergessen und sich der 7,5-Prozent-Forderung aus Baden-Württemberg anzuschließen. Vor allem natürlich deshalb, weil das jetzt die Forderung ist, mit der die Gewerkschaftsbasis zu einer einheitlichen, geschlossenen Kampf-front für den Stopp der „lohnpolitischen Wende“ und die Er-kämpfung eines Tarifabschlusses mobilisiert werden könnte, der dem Ziel der Reallohnsicherung entspricht. In zweiter Linie aber auch, um die Bonner Unternehmerknechte in ihre Schranken zu weisen und um unzweideutig klarzustellen, daß die IG Metall an der Tarifauto-nomie nicht rühren läßt.

## INFORMATIONEN ZUR WAHL

In allen Bundesländern, in denen das revolutionäre Wahlbündnis von KPD und BWK zur Wahl antreten wird, sind mittlerweile die Kandidaten für die je-

## Schleswig-Holstein

Offene Liste der KPD

1. Heim-Joachim Auer, E-Schweißer, 36, KPD
2. Carmen Hansen, kaufm. Angestellte, 34, KPD
3. Stephan Kammann, Feinmechaniker, 26, BWK
4. Almut Bilger, Ärztin, BWK
5. Jürgen Heinrich, Brauer und Mälzer, 28, KPD

## Hamburg

Offene Liste der KPD

1. Ernst Aust, Fräser, 59, KPD
2. Susanne Lambrecht, Ärztin, 36, BWK
3. Christian Matthiessen, Maschinenschlosser, 33, KPD
4. Jörg Oberkamp, Hafenarbeiter, 34, BWK
5. Thomas Reuschenbach, Fotosetzer, 31, KPD
6. Manuela Köllner, Verkäuferin, 27, KPD
7. Wolfgang Weskamp, Hafenarbeiter, 34, KPD

## Bremen

Offene Liste der KPD

1. Michael Weisfeld, Arbeiter, 35, KPD
2. Wolfgang Buchler, Arbeiter, 37, BWK
3. Helene Streicher, Ärztin, 34, KPD

## Niedersachsen

Offene Liste des BWK

1. Georg Cravinnon, Erziehungshelfer, 32, BWK
2. Gerd Coldewey, Bauer, 34, KPD
3. Christiane Schneider, Verlagsangestellte, 34, BWK
4. Wolf-Jürgen Herzog, Angestellter, 35, KPD

weiligen Landeslisten gewählt worden. Bei Redaktionsschluß lagen uns dazu folgende Angaben vor:

5. Eckhard Westerhus, Werkzeugmacher, 26, BWK
6. Karl-Otto Räcke, Krankenpflegeumschüler, 31, BWK
7. Michael Ohse, Chemiarbeiter, 26, BWK

## Nordrhein-Westfalen

Offene Liste der KPD

1. Achim Brand, Chemielaborant, 24, KPD
2. Jörg Detjen, Drucker, 29, BWK
3. Annette Schnoor, Metallarbeiterin, 36, KPD
4. Reiner Voss, Student, 22, BWK
5. Marion Lenger-Koloska, Buchhändlerin, 29, KPD
6. Rolf Euler, Bergmann, 35, KPD
7. Joachim Römer, Drucker, 25, KPD

## Baden-Württemberg

Offene Liste des BWK

1. Martin Fochler, Verlagsangestellter, 36, BWK
2. F.-Helmut Stockmar, Maschinenschlosser, 30, KPD
3. Irma Stierle, Krankengymnastin, BWK
4. Thomas Leyh, Student, KPD
5. Dieter Franki, Maschinenschlosser, BWK
6. Bernhard Feuling, Chemiefacharbeiter, BWK

## Bayern

Offene Liste des BWK

1. Uli Huber, BWK
2. Christian Vordemfelde, Automechaniker, 29, KPD
3. Nicole Reichert, BWK
4. Dagmar Rüdénburg, Lagerarbeiterin, BWK
5. Jürgen Wilk, KPD
6. Wolfgang Bergmann, Arzt, BWK
7. Dieter Liebig, BWK
8. Regine Wegner, BWK



In den Bundesländern, wo das Wahlbündnis von KPD und BWK kandidieren wird, können jetzt die notwendigen Unterstützungsunterschriften gesammelt werden. Die Wahlgesetze der Bundesrepublik schreiben vor, daß für jede Partei, die nicht im Bundestag oder Landtagen vertreten ist, zunächst Unterschriften gesammelt werden müssen, die die Kandidatur befürworten.

Dazu muß jeder, der die Kandidatur von KPD oder BWK möglich machen will, ein Formblatt ausfüllen.

Nebenstehend haben wir das Formular aus Nordrhein-West-

falen abgebildet. Wichtig ist vor allem, daß die Unterzeichner über 18 Jahre sein müssen, und auch in dem betreffenden Bundesland mit ihrem Hauptwohnsitz gemeldet sind. Studenten, die in NRW studieren, aber ihren Hauptwohnsitz etwa in Baden-Württemberg haben, können nur die Unterstützungsunterschriften für die Landesliste Baden-Württemberg abgeben.

In solchen Fällen, oder wenn man Bekannte und Verwandte in anderen Bundesländern für eine Unterstützungsunterschrift gewinnen will, kann man bei den jeweils nächstgelegenen Parteibüro bzw. Kontaktadresse die entsprechenden Formulare bekommen.

Man muß auch jeden, der die Liste unterzeichnet, darauf aufmerksam machen, daß man jeweils nur die Landesliste einer Partei unterschreiben kann.

Die Angaben werden von den Einwohnermeldeämtern geprüft und an Hand der Wahlberechtigungsunterlagen bestätigt.



Als Flugblatt im DIN-A-5-Format liegt jetzt auch die gemeinsame Wahlplattform der KPD und des BWK vor.

Dieser Handzettel informiert über die grundlegenden Ziele des Wahlbündnisses revolutionärer Sozialisten zu den Bundestagswahlen 1983.

Man kann es bei allen unten aufgeführten Kontaktadressen der KPD bekommen, sowie bei den zentralen Büros:

Bund Westdeutscher Kommunisten BWK  
Kamekestraße 19  
5000 Köln

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)  
Wellinghofer Str. 103  
4600 Dortmund 30

## Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Wälder Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.). Tel.: 0231/832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 (92).

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D.-Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: 0611/491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 Hannover 81, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9-13 Uhr + 15-18 Uhr; Mi 9-13 Uhr; Sa 10-13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/554956, geöffnet: Di + Fr 17-18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/4653966, geöffnet: Mo-Fr 16-18 Uhr; Sa 11-13 Uhr.

## Betriebszeitungen der KPD

# In diesem Jahr 14 Neuerscheinungen

Bekanntlich muß die Kommunistische Partei sich vor allem in den Betrieben fest verankern, um ihre Aufgabe als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse erfüllen zu können. „Jeder Betrieb muß unsere Festung werden“. Unserer Partei ist dieses von Lenin formulierte Prinzip eine Leitlinie. Wobei klar ist, daß wir heute von diesem Idealzustand noch meilenweit entfernt sind. Wir machen jedoch Fortschritte. Zwar sind

diese nicht gerade sprunghaft, sondern vergleichsweise bescheiden. Aber immerhin ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr nicht zu übersehen. Im nunmehr so gut wie abgelaufenen Jahr 1982 sind 14 neue Betriebszeitungen der KPD erschienen. Das sind genau doppelt soviel Neuerscheinungen wie 1981, als sieben neue zu verzeichnen waren. Die 14 „neuen“ von 1982 wollen wir im folgenden kurz vorstellen.

Los ging gleich im Januar, als im Frankfurter Stammwerk der **Farbwerke Hoechst** zum ersten Mal der „**Durchblick**“ herauskam. In diesem riesigen Werk sind rund 30000 Menschen beschäftigt. Von Farben über Düngemittel bis hin zu Arzneimitteln werden hier alle möglichen chemischen Erzeugnisse hergestellt.

Im Februar gab es dann zwei Neuerscheinungen. Bei **Olympia** in Wilhelmshaven, wo hauptsächlich Schreibmaschinen hergestellt werden, erschien die erste Ausgabe des „**klartext**“. Olympia gehört zum im Pleitsumpf hängenden AEG-Konzern. Das Wilhelmshavener Werk hat heute noch knapp 3000 Beschäftigte. In besseren Zeiten waren es einmal 7000!

„**Es brennt**“ nennt sich die Zeitung der KPD für die Zechen der **Saarberg AG** in Saarbrücken. Die Kumpel, die das „schwarze Gold“ zutage fördern, erhielten im Februar die erste Ausgabe.

Für **frischen Wind** sorgt bei **Blohm & Voss** in Hamburg seit dem März die KPD-Betriebszeitung „**Frischer Wind**“. Blohm & Voss ist eine von den fünf Großwerften Norddeutschlands. Rund 7000 Menschen sind hier beschäftigt. Der Hauptanteil der Produktion gilt heute Rüstungsgütern und zwar nicht nur Kriegsschiffen, sondern auch Panzern.

Im April gab es eine Hochkonjunktur für neue Betriebszeitungen unserer Partei. Gleich vier Ersterscheinungen sind in diesem Frühlingsmonat zu verzeichnen.

Zum ersten „**Der Motor**“ bei **VW** in Emden. Das Emdener Werk hat rund 10000 Beschäftigte. Desweiteren: Der „**Widerhaken**“ bei **Dogmoch**, einem Großhandelsbetrieb mit etwa 200 Beschäftigten in Ludwigs-hafen. Drittens erschien „**Der Durchblick**“, und zwar bei **Dräger** in Lübeck, einem Betrieb der feinmechanischen Sparte, der Geräte der Medizin-

technik, sowie anderer Bereiche wie der Druckgastechnik, der Tauchtechnik, der Filtertechnik usw. herstellt.

Und schließlich erschien im April auch noch die erste Ausgabe des „**MaK-Motor**“ bei **MaK** in Kiel. Es handelt sich dabei um eine Tochterfirma von Krupp mit rund 4000 Beschäftigten, die sich dem Motoren-, Lokomotivenbau und Panzerbau verschrieben hat. Der Anteil der Rüstungsproduktion bei MaK liegt zur Zeit bei ca. 60 Prozent.

Nun kam erst einmal das bekannte Sommerloch. Die nächste Neuerscheinung gab es dann erst wieder im August, und zwar den „**Rotbart (extra scharf)**“ bei **Gillette** in Westberlin, wo – wer hätte es nicht erraten – Rasierklingen hergestellt werden.

Im Oktober konnten die ca. 2800 Beschäftigten des **Demag-Werkes** in Wetter an der Ruhr zum ersten Mal Bekanntschaft mit „**Tempo**“ machen, der Zeitung der dortigen KPD-Betriebsgruppe. Demag gehört zum Mannesmann-Konzern. In dem Werk in Wetter geht es um Kranbau, sowie um die Herstellung von Maschinen der Hebe- und Fördererntechnik (Elektromotoren, Laufkatzen, Getriebe...)

Aber dem nicht genug erschien im Oktober noch eine zweite neue KPD-Betriebszeitung: „**Heißer Draht**“ bei **Telefonbau & Normalzeit** in Frankfurt. Insgesamt 4800 Beschäftigte hat dieser Betrieb, der die Herstellung, Installation und Wartung von Telefonanlagen bis hin zu Großanlagen betreibt.

Im November schließlich wurde die KPD um drei neue Betriebszeitungen bereichert. Da ist erst einmal „**Frischer Wind**“ bei der **Wacker-Chemie** in Köln zu nennen, einem Unternehmen, das zum Konzern der Farbwerke Hoechst gehört. Bei Wacker-Chemie sind heute nur noch ca. 550 Menschen beschäftigt. Im Sommer, bevor ein Teilbereich des Werkes stillgelegt worden war, belief sich die Belegschaftszahl noch auf 800!

Die Zukunft des Werkes ist ungewiß. Es heißt, Hoechst wolle die Wacker-Chemie verkaufen. Hergestellt werden hier Kunststoffe wie z.B. PVC.

Zweitens kam im November der „**Schichtwechsel**“ heraus. Die Zeitung nennt sich zwar „**Zeitung der KPD in Wolfsburg**“, ist also im strengen Sinn keine Betriebszeitung. Es ist jedoch bekannt, daß Wolfsburg als Stadt völlig im Schatten der gewaltigen VW-Werke steht. Bei VW-Wolfsburg sind knapp 60000 Männer und Frauen beschäftigt. Die erste Ausgabe des „**Schichtwechsels**“, die uns vorliegt, ist inhaltlich denn auch wesentlich von Problemen der VW-Belegschaft (Kurzarbeit, Arbeitsbedingungen usw.) geprägt.

Zu guter Letzt haben wir noch das Erscheinen des „**Auftrieb**“ zu vermelden, der KPD-Betriebszeitung für die **Luft-hansa** in Hamburg. Bei der Lufthansa in Hamburg sind ca. 4000 Menschen beschäftigt. Die Mehrzahl davon sind Arbeiter der Luftfahrt der Lufthansa, die sich mit der Reparatur und der Wartung der Flugzeuge befaßt. Dazu kommt noch ein Verwaltungsbereich und ein Bereich, der für die Organisation des Flugverkehrs zuständig ist. Der Verwaltungsbereich soll demnächst in die Lufthansa-Zentrale nach Frankfurt verlegt werden. Dadurch und durch die Einführung eines elektronischen Großrechners sind in diesem Bereich Hunderte von Arbeitsplätzen bedroht.

Am Schluß sei noch etwas angemerkt: Es ist nicht auszuschließen, daß es im November und Dezember noch die eine oder andere weitere Neuerscheinung gab, ohne daß wir momentan bereits darüber informiert sind. Falls dem so ist, berichten wir natürlich im neuen Jahr darüber. In Letzteres sollten wir alle – dieser Wunsch sei an dieser Stelle wiederholt – mit Schwung und Witz hineinrutschen.



## Das war ein guter Anfang!

Im letzten „Roten Morgen“ brachten wir eine Meldung über eine gemeinsame Demonstration der Belegschaften von HDW und MAN in Hamburg gegen Arbeitsplatzvernichtung in ihren Werken. Im folgenden nun ein genauerer Bericht über diese Aktion, den wir der neuesten Ausgabe unserer HDW-Betriebszeitung „**Frischer Wind**“ entnommen haben. Zur Information: Otto Kock ist Vertrauensleutevorsitzender bei HDW-Hamburg, Peter Melzer ist Sekretär der Hamburger IGM-Verwaltungsstelle.

Das haben viele nicht geglaubt, aber wir haben es gemacht! Fast 2000 Deutsche und Ausländer. Arbeiter und Angestellte, jung und alt haben erkannt, jetzt muß gehandelt werden. Und trotz mancher Zweifel und Ängste sind wir rausmarschiert. Die Stimmung war gut. Transparente hatten wir dabei und auch Parolen haben wir gerufen.

Es war schon ein gutes Gefühl der Solidarität und Stärke, als wir auf die Kollegen von MAN trafen.

Die Begeisterung war groß und viele Kollegen wollten mehr!

„Auf zur Köhlbrandbrücke!“ riefen einige und viele Kollegen fielen ein: „Köhlbrandbrücke, Köhlbrandbrücke!“ Mehrere hundert Kollegen setzten sich in Richtung Brücke in Bewegung.

Aber Otto Kock und Peter Melzer wollten kein „unnötiges Aufsehen“. Mit aller Kraft versuchten sie, eine wirklich druckvolle Aktion zu verhindern und

lenkten die Kollegen ins Abseits auf den Parkplatz.

Viele von uns waren davon gar nicht begeistert und die losgezogenen Kollegen kehrten wieder um. Dennoch war die Aktion, die gemeinsame Kundgebung mit MAN ein guter Anfang!

Und so haben die meisten Kollegen diese Aktion auch verstanden: als einen Anfang für weitere wesentlich eindrucksvollere und öffentlichkeitswirksamere Aktionen der Belegschaft.



schaft.

Auf einer Branchenversammlung aller Bormontagen ist am 1. Dezember einstimmig eine Resolution angenommen worden, in der die VK-Leitung aufgefordert wird, auf jeden Fall noch vor der Hamburger Wahl den Marsch in die Innenstadt durchzuführen. Nur unter dieser Voraussetzung haben die Kollegen in der Aktion zusammen mit MAN einen Sinn gesehen.

Das ist völlig richtig. Um Druck auf die Anteilseigner und die verantwortlichen Politiker auszuüben, muß die gesamte

Belegschaft aktiv werden, müssen solange Aktionen gemacht werden, bis diese Herren es sich politisch nicht mehr leisten können, unsere Arbeitsplätze zu vernichten.

Und Druck kann allein nur der Kampf der Belegschaft erzeugen, der Kampf der 4600. Die Demonstration vor dem Werkstor, der Marsch auf die

Köhlbrandbrücke, das Lahlegen des Verkehrs im Haf der Marsch in die Innenstadt zum Rathaus... In Leer-Emden haben die Kollegen von Olympia sogar das Rathaus setzt!

Gespräche, Verhandlungen und sonstige Arten von „Mistimmung“ haben noch etwas bewirkt.



Gemeinsame Demonstration der Belegschaften von HDW und MAN in Hamburg am 9. Dezember '82



## Stahlarbeiter blockieren Landtag!

Aus Anlaß der „Stahldebatte“, die am Donnerstag letzter Woche vom nordrhein-westfälischen Landesparlament durchgeführt wurde, waren Stahl-

arbeiterdelegationen von Krupp, Mannesmann, Thyssen und Hoesch aus Duisburg und Dortmund nach Düsseldorf gefahren. Die etwa 50 Kollegen führten eine symbolische Blockade der Zufahrtsstraße zum Landtagsgebäude durch. Auf Transparenten und Plakaten forderten sie: „Verstaatlichung der Stahlindustrie bei Arbeitsplatzgarantie!“. Eine weitere Forderung war die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Auf einem Transparent der Kollegen von Krupp-Rheinhausen hieß es: „Wer heute nicht kämpft, wird morgen arbeitslos“. Die Kollegen übergaben Arbeitsminister Friedhelm Farthmann dann eine gemeinsame Resolution aller drei Duisburger Hüttenbetriebe (Thyssen, Krupp-Rheinhausen und Mannesmann), in der der Erhalt der Stahlarbeitsplätze und die Verwirklichung des 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramms des DGB gefordert wird. Das westdeutsche Regionalfernsehen sendete am Donnerstagabend einen Bericht über die Stahldebatte und die Protestaktion der Stahlarbeiter vor dem Landtag. Im Rahmen dieser Sendung brachte das Fernsehen auch ein kurzes Interview mit Hoesch-Betriebsrat Hartmut Siemon, der im Landtag als Beobachter die Debatte verfolgt hatte. Hartmut Siemon äußerte zum Verlauf der Debatte, sie habe für die Stahlwerker nichts gebracht; eine Perspektive zur Sicherung der Arbeitsplätze sei in keinem einzigen Beitrag aufgezeigt worden; demgegenüber hätten die Kollegen, „die draußen vor dem Landtagsgebäude demonstriert haben“, gezeigt, wie die Sicherung der Arbeitsplätze angepackt werden kann, „nämlich durch die Verstaatlichung der Stahlindustrie“.



NRW-Arbeitsminister Farthmann mußte sich den Stahlarbeitern stellen (Fotos: RM)

## Entschließung der IG Metall Dortmund

# „Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum“

DORTMUND. Am 13. 12. 82 faßte die Vertreterversammlung der IG Metall, Verwaltungsstelle Dortmund, mit großer Mehrheit eine Entschließung, in der „die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum“ gefordert wird.

Die Eisen- und Stahlindustrie befindet sich — so heißt es in der Entschließung — „in einer äußerst bedrohlichen Situation, die die Existenz ganzer Unternehmen und damit Tausende von Arbeitsplätzen bedroht. Auf diesem Hintergrund suchen die Vertreter der Kapitaleise offensichtlich nach privatwirtschaftlichen Lösungsmodellen. Die Arbeitnehmer müssen davon ausgehen, daß die Neuordnung nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Folge haben werden:

- eine rein auf Kapitalverwertung und unter Inkaufnahme

me von Kapitalvernichtung bedachte Strategie;

- die Vernichtung der an den einzelnen Standorten angesiedelten Unternehmen zugunsten größerer Lösungen;
- die Nicht-Berücksichtigung der regionalen Strukturen, in die die Stahlunternehmen eingebettet sind.

Die Folge einer solchen Politik ist Massenarbeitslosigkeit. (...)“

Desweiteren heißt es dann in der Entschließung:

„Dieser sich abzeichnenden Entwicklung müssen die Arbeitnehmer und ihre gewählten

Funktionäre massiv entgegen-treten. Der Vernichtungsstrategie der Kapitaleise muß deshalb eine nationalstaatliche auf der Grundlage der Montan-Mitbestimmung basierende Lösung entgegengestellt werden.

Nationalstaatliche Lösung heißt:

- die Überführung der Stahlindustrie in Gemeineigentum;
- Schaffung einer nationalen paritätisch mitbestimmten Stahl AG;
- Sicherung der regionalen Stahlstandorte. (...)“

Der letzte Abschnitt der Entschließung lautet dann:

„Nachdem das von der IG Metall im Mai 1981 vorgelegte Konzept durch die dramatische

## Betriebsrat Krupp-Rheinhausen:

# „Wir wollen keinen Sozialplan, sondern Arbeitsplätze!“

## Stahlarbeiter stellen Arbeitsdirektor zur Rede

DUISBURG-RHEINHAUSEN. — Der Betriebsrat der Rheinhausener Krupp-Hütte hat beschlossen, Verhandlungen über das Rationalisierungskonzept des Vorstandes grundsätzlich abzulehnen. Während der Betriebsratssitzung stellten demonstrierende Stahlarbeiter den Arbeitsdirektor Otmar Günther zur Rede.

Der Betriebsrat der Rheinhausener Hütte faßte diesen klaren und konsequenten Beschluß am Mittwoch morgen letzter Woche. Das Konzept des Vorstandes hatte in den Wochen davor fast täglich Protestaktionen und Arbeitsniederlegungen der Belegschaft ausgelöst.

Wie wir bereits berichteten, sollen in den Krupp-Hüttenwerken in Duisburg-Rheinhausen 3600 Arbeitsplätze ab 1. Februar 1983 plattgemacht werden. Bis Ende 1984 sollen es dann im Arbeiterbereich insgesamt 5300 und zusätzlich in der Verwaltung 900 Arbeitsplätze sein, die vernichtet sind. Insgesamt sind das also mehr als 6000 Arbeitsplätze, die bei Krupp-Rheinhausen in relativ kurzer Frist dem Rationalisierungsteror zum Opfer fallen sollen.

Zu der Betriebsratssitzung war eigens der Arbeitsdirektor von Krupp-Stahl Otmar Günther aus Bochum angereist. Er versuchte den Betriebsräten weiszumachen, dieses Vernichtungskonzept könne durch einen entsprechenden Sozialplan ohne Entlassungen über die Bühne gezogen werden. Die Betriebsräte jedoch ließen sich durch solche Versprechungen nicht ködern. Sie blieben bei ihrer realistischen Einschätzung, daß dieses Konzept letztlich auf ein „Abrasieren des

Hüttenwerks“ hinauslaufen muß. Und sie hielten dem sogenannten Kollegen aus der Bochumer Chefetage ihren Standpunkt vor, der in einer derartigen Lage als einziger der Richtigkeit bezeichnet werden muß: „Wir wollen keinen Sozialplan, sondern Arbeitsplätze!“

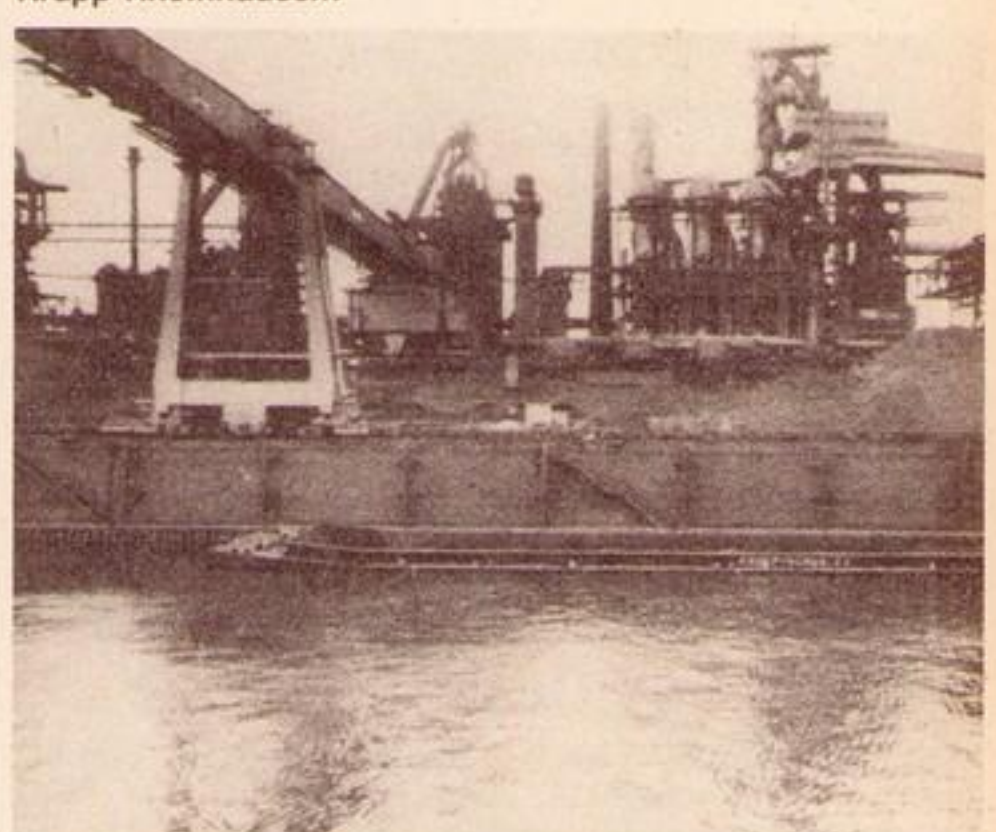
Während der Betriebsratssitzung demonstrierten Hunderte von Stahlarbeitern zunächst vor dem Verwaltungsgebäude (darunter viele über-nächtigte Kollegen der voraus-gegangenen Nachtschicht). Offenbar ahnten diese Kollegen, in welche Richtung der Mitbestimmungsbombe die Entscheidung des Betriebsrates beein-

flussen wollte. Jedenfalls forderten sie, daß Günther vor ihnen erscheine, um Rede und Antwort zu stehen.

Der Mann, der angeblich als Träger von „Arbeitnehmerinteressen“ im Krupp-Vorstand „mitbestimmt“, weigerte sich jedoch, vor den Arbeitern zu erscheinen. Die Empörung darüber war groß. Schließlich marschierten die aufgebracht Kollegen ins Verwaltungsgebäude ein und — nach kurzem Zögern — auch in das Tagungszimmer. Erst nach erregten Debatten bequeme der Arbeitsdirektor sich dann, nach draußen zu kommen und vor den Stahlarbeitern Stellung zu nehmen.



Auf der Belegschaftsversammlung vom 7. Dezember '82 bei Krupp-Rheinhausen.



Krupp-Hüttenwerke in Duisburg-Rheinhausen. Soll auch dieser Standort plattgemacht werden?

# Wegweisende Entschließung

Die Entschließung der Dortmunder Vertreterversammlung der IG Metall zur Stahlkrise ist unserer Meinung nach trotz mancher Schwächen wegweisend. Denn sie umreißt wenigstens im Ansatz ein reales Alternativkonzept gegen die „auf Kapitalverwertung bedachte Strategie“ der Stahlbarone. Und eine solche Alternativstrategie, die nicht die Profitmaximierung sondern stattdessen den Erhalt der Arbeitsplätze und der regionalen Stahlstandorte zum Ziel hat, ist dringend gefragt. Der IGM-Vorstand, speziell der

„Stahlxperte“ Judith, hat sich bislang als nicht fähig oder nicht willens gezeigt, ein solches Konzept zu entwickeln.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder die IG Metall beginnt schnellstens damit, endlich alle Stahlbelegschaften zu einer einheitlichen Kampffront für ein derartiges politisches Alternativkonzept zusammenzufassen und zu mobilisieren. Oder aber die auf Profit orientierte Vernichtungsstrategie der hinter den Stahlkonzernen stehenden Finanzkreise setzt sich vollends durch. Und das

bedeutet: Plattwalzen der meisten Stahlstandorte, ungeheures Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den betroffenen Regionen.

Wie aber sollte eine politische, nicht am Profit, sondern an dem Erhalt der Arbeitsplätze und Standorte orientierte Lösung in eine konkrete Form gebracht werden, wenn nicht in die der Verstaatlichung? Ohne daß dieser Industriezweig aus der unmittelbaren Verfügungsgewalt einiger ebenso profitgieriger wie skrupelloser Konzern- und Finanzmagnaten befreit wird, gibt es keine Möglichkeit, den Kapazitätsabbau und die Kahlschlagsanierungen zu stoppen!

Nun kommen gewisse „Freunde der Arbeitnehmer-schaft“, deren Ohren ansonsten jedem kapitalistischen

Sachzwang sperrangelweit offenstehen, und warnen scheinheilig vor einer „Sozialisierung der Verluste“. Als ob nicht über Milliardensubventionen, Kurzarbeit, Zufuhr zum Arbeitslosenheer usw. spätestens seit Beginn der Stahlkrise vor acht Jahren so eine Art bodenloser „Sozialisierung der Verluste“ bei Eisen und Stahl schon laufend praktiziert würde!

Richtig ist sicher dies: Die „nackte“ Verstaatlichung als solche ist noch nicht das Gelbe vom Ei. Hinzukommen müssen bestimmte Bedingungen, Klauseln und Garantien. Denn natürlich ist auch in einem verstaatlichten Industriezweig unter kapitalistischen Rahmenbedingungen eine Arbeitsplatzvernichtung großen Stils keineswegs undenkbar. Dem muß ein

Riegel vorgeschoben werden.

Hier sehen wir nun gewisse Mängel in der Dortmunder Entschließung. Da wird beispielsweise der Montanmitbestimmung eine derart positive Rolle und Bedeutung zugeschrieben, wie sie durch die realen Erfahrungen keineswegs abgedeckt ist.

Stattdessen käme es weit stärker darauf an, die folgenden Punkte mit der Forderung nach Verstaatlichung zu verknüpfen:

- Keine weiteren Entlassungen mehr;
- Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich;
- Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre;
- Zins- und Forderungsverzicht der Banken;
- Garantie der vorhandenen Zahl der Arbeitsplätze.

Unrealistisch, weil für die Kapitalisten und Politiker einfach nicht annehmbar?

Ein solcher Einwand mag naheliegend sein. Er sticht aber trotzdem nicht. Denn — machen wir uns nichts vor — eine für die Gegenseite „annehmbare“ Lösung, die nicht den Kahlschlag rücksichtslos weitertreibt, gibt es sowieso nicht!

Ohne Kampfmaßnahmen ist da nichts zu holen! Und solche Kampfmaßnahmen sind durchaus möglich, Voraussetzung ist allerdings, daß die IG Metall den Stahlwerkern endlich eine konkrete Kampfperspektive aufzeigt, für die alle Belegschaften gemeinsam und solidarisch in Aktion treten können. Die Dortmunder Entschließung ist ein Schritt dahin!

## Meldungen

## Große Demonstration in Chile

Bei Demonstrationen in Santiago, in Valparaiso und Concepcion sind mindestens 200 Menschen festgenommen worden. Allein in Santiago 100, darunter auch Jugendliche und Kinder.

Mit Flugblättern war zu den Demonstrationen für „Brot, Arbeit, Gerechtigkeit und Freiheit“ aufgerufen worden. Die Demonstranten protestierten gegen die Wirtschaftspolitik Pinochets, die hohe Arbeitslosigkeit und einen enormen Preisanstieg für die Menschen bedeutet. Bei den Aktionen wurde auch die sofortige Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten und Rechte des Volkes gefordert.

## Argentinien „Erschießt die Militärs“

Die Unzufriedenheit mit dem Regime der Militärs in Argentinien äußert sich in immer mehr Streiks und Demonstrationen. Bei einer Protestaktion von über 100.000 Menschen in Buenos Aires, vor dem Sitz des Präsidenten, sind in der vergangenen Woche mindestens ein Demonstrant erschossen, 35 verletzt und weit über 100 festgenommen worden.

Die Demonstranten kritisierten die reaktionäre Wirtschaftspolitik, forderten Aufklärung über das Schicksal der über 6000 verschwundenen Menschen, und verlangten die Freilassung aller politischen Gefangenen. Während der Demonstrationen wurden Parolen gerufen wie „Die Militärdiktatur wird stürzen“, „Freiheit“ und „Erschießungskommandos für alle Militärs“!

## Massenelend im reichsten Land der Welt

## Hungersnot in den USA

## „Nationaler Notstand und nationale Schande“

DETROIT. — In der Metropole der US-amerikanischen Automobilindustrie, der Stadt Detroit im Staate Michigan, ist als Folge der Massenarbeitslosigkeit eine Hungersnot ausgebrochen. Nach Angaben des Bürgermeisters der Stadt werden „Hunderte von Menschen“ in diesem Winter verhungern oder erfrieren, wenn nicht ganz schnell Hilfe kommt. Über 20 Prozent der 1,2 Millionen Einwohner Detroits sind arbeitslos, nach Angaben des Bürgermeisters sind rund 400.000 Menschen unterernährt.

Nachdem Meteorologen jetzt auch noch eine Kältewelle für die kommenden Monate voraussagten, fürchten noch mehr Menschen um ihr Leben. Tau-

wurde gesagt, daß es sich um keine Sonderfälle von Aussteigern handle, sondern daß Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit heute in den USA Massen-

täglich 75 Prozent mehr Essen aus als im Durchschnitt des vergangenen Jahres.

Der Detroiter Bürgermeister Young hat jetzt den „Hunger-Notstand“ für seine Stadt erklärt und verlangt auch von der Regierung, daß sie helfe. Vom Bundesstaat Michigan sollen jetzt zunächst 2,5 Millionen Mark als Soforthilfe bereitgestellt werden, um die ersten Hungertoten zu vermeiden. Weitere 2 Millionen braucht man dringend für die Schulspeisungen. Schon vor Monaten mußten überall in der Stadt Notküchen eingerichtet werden, damit die ärmsten Armen etwas in den Magen bekommen. Aber es fehlen einfach Lebensmittel. Jetzt benötigt die Stadt dringend Butter, Käse, Obstsaft, Brot, Mehl, Nudeln, Reis und Speiseöl.

Der ganze Wahnsinn der in den USA entstandenen Lage für die Menschen wird klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Amerikas Farmer weitaus mehr produzieren, als die US-Bürger und die Exportpartner überhaupt abnehmen können. Die Lager und Läden sind überfüllt, allein es fehlt den Menschen das Geld, um sich die einfachsten Grundnahrungsmittel zu kaufen.

Dies alles ist eine logische Folge der Wirtschaftspolitik der Reagan-Regierung. Absolute Hochrüstung, gerade wurden für das MX-Raketen-Programm wieder 2,5 Milliarden Dollar zur Weiterentwicklung und Forschung bewilligt, und rigoroser Sozialabbau, der die wenigen Sozialleistungen, die es überhaupt in den USA noch gibt, verringert und zu Almosen



Öffentliche Küche in Detroit. Heiße Suppe für die Hungernden

sende Obdachlose wissen nicht mehr wohin, die Asyle in den großen Städten sind überfüllt. Denn Detroit ist kein Einzelfall.

Bei einer Konferenz der Bürgermeister in Los Angeles wurde deutlich, daß viele Städte mit der „neuen Armut“, wie es heißt, nicht mehr fertig werden können. Auf dieser Konferenz

probleme ungeheuren Ausmaßes darstellen. „80 Prozent der Obdachlosen suchen verzweifelt nach Arbeitsplätzen, aber es sind keine da“, erklärte ein Betroffener aus Cleveland vor einem Kongress-Ausschuß.

In Washington z. B. geben die 40 Einrichtungen der „Hunger Task Force“ in diesem Jahr



Die Hungersnot kam nicht plötzlich und unerwartet. Schon im letzten Jahr wurden ähnliche Fälle weltweit bekannt. In einer aufsehenerregenden Aktion stellten Bürgerrechtler in Washington auf dem Rasen vor dem Weißen Haus Kreuze für erfrorrene und verhungerte US-Bürger auf. Für jede Stadt, jeden Staat waren auf den Kreuzen die Namen der Toten notiert. Wochenlang blieben die Demonstranten vergangenen Winter vor dem Weißen Haus. Wie ernst man das Problem im Weißen Haus, dem Sitz des Präsidenten, nahm, das zeigen in aller Deutlichkeit die Meldungen aus Detroit! (Fotos RM).



macht, die nicht zum Leben reichen.

Erste Reaktion aus Washington auf die Hilferufe aus den Hungergebieten ist die Zusage einer „Spende“ (!) von 450.000 Tonnen Trockenmilch für die Stadt Detroit. Über die anstehenden Feiertage wird sich für

die Hungernden nicht viel ändern — die geplanten Maßnahmen werden die Schlangen vor den Notküchen noch nicht abbauen. Man rechnet damit, daß die Hilfe frühestens im Januar wirksam wird. Hungertote und erfrorrene Obdachlose wird es geben.

## Überfälle aus Honduras — Die politische Reaktion formiert sich

## Angriffe auf Nicaragua

Noch trauerte man in Nicaragua über die 75 Toten eines Hubschrauberabsturzes. Bei dem Unglück in der Nähe zur honduranischen Grenze waren viele Kinder ums Leben gekommen. Der Erziehungsminister von Nicaragua, Ernesto Cardenal, machte in einer Stellungnahme die Freischärler verantwortlich, die schon lange dieses Gebiet terrorisieren, als schon wieder Nachrichten von Grenzübertritten bekannt wurden.

Von Honduras aus versuchen vor allem Mitglieder der alten „Nationalgarde“ des gestürzten Diktators Somoza mit bewaffneten Aktionen Unruhe ins befreite Nicaragua hineinzutragen.

Die Truppen haben dabei nicht nur die volle Unterstützung der von den USA abhängigen Machthaber in Honduras. Unbestritten ist auch, daß die alten Nationalgardisten in den USA ausgebildet und ausgerüstet werden. Von den Experten der US-Army geschult im Dschungelkampf und Guerillakrieg, vom Pentagon mit modernsten Waffen ausgerüstet, terrorisieren sie die Bevölkerung im Grenzland Nicaraguas.

Dem erklärten Ziel der US-Regierung, Nicaragua wieder unter ihren Einfluß zu bekommen, dient auch der Auftrag an den CIA zur „Destabilisierung des Landes“ beizutragen. Die „Washington Post“ meldete jetzt, allein für diese Aufgabe habe die Agentenorganisation einen Etat von 15 Millionen Dollar bekommen. Die Regierung wollte nicht widersprechen.

Mit dem klaren Ziel, die

schen Einheit) will alle Oppositionellen gegen die Regierung in Managua zusammenschließen. So sollen Leute zusammenarbeiten, die früher noch gegeneinander gekämpft haben. Man will „Revolutionsdesserteure“, wie Eden Pastora, der noch gegen Somoza kämpfte, aber Feind der Sandinisten ist, in eine Front mit den alten Somoza-Nationalgardisten bringen, die mit dem Ruf „im Namen Gottes und der Freiheit“ noch heute Morde an ihren eigenen Landsleuten



Mitglieder von Somozas alter Nationalgarde beim Training in Florida. Hier wird geübt „Gefangene zu machen“

Macht der vom Volk unterstützten Sandinisten zu brechen, ist jetzt auch eine neue Sammlungsbewegung der Opposition angetreten. Die „Asamblea nicaraguense de unidad democratica (ANUDE, Nicaraguanische Versammlung der demokrati-

begehen. Die Stärke der ANUDE wird sicherlich nicht ihre innere Geschlossenheit sein, sondern eher die internationale Unterstützung durch die Imperialisten. Die Organisation, die vorwiegend in Venezuela und Costa Rica arbeitet,

plant ganz offen die Beseitigung der Sandinisten. Sie erklärt öffentlich, es gäbe am 15. September 1983 einen „Volksaufstand, der nur noch gefördert und vorbereitet“ werden müsse.

Die ANUDE bemüht sich zur Zeit um weitere internationale Anerkennung. Werbereisen hoher Funktionäre durch Europa und die USA dienen vor allem der Verleumdung Nicaraguas. Die Gründungserklärung der ANUDE könnte so auch von Ronald Reagan formuliert sein. Darin heißt es nämlich: „Die totalitäre Staatsführung des FSLN-Regimes bedeutet einen Verrat an den Wünschen des nicaraguanischen Volkes, eine Bedrohung des Friedens und der Stabilität der zentralamerikanischen Region, denn in der Befolgung kubanisch-sowjetischer Anweisungen versucht das Regime die soziale Krise Zentralamerikas zu nutzen, um die expansionistischen Interessen der Sowjetunion zu fördern“.

Das ist wirklich fast Originalton Weißes Haus — hinter allem steckt der Russe, und dagegen ist alles erlaubt. So stellt die neue Oppositionsbewegung auch wieder nur einen Teil der Einkreisungs- und Vernichtungspolitik der USA gegen Nicaragua dar. Zusammen mit den militärischen Attacken gegen das Land ein weiterer Versuch, die Volksherrschaft in Nicaragua zu brechen.

## Surinam:

## Ausländische Einmischung

Nachdem eine Militärregierung unter Oberstleutnant Desi Bouterse im Februar 1980 die alte reaktionäre Regierung der ehemaligen niederländischen Kolonie vertrieb und eine sozialistische Volksdemokratie ausrief, ist es jetzt wieder zu Unruhen gekommen, in deren Folge Bouterse erneut die Macht ergriff.

War es 1980 eindeutig ein vom Volk unterstützter Akt, der eine korrupte Regierung ablöste, die für eine tiefe Wirtschaftskrise, Lebensmittelknappheit, ja sogar Wassermangel verantwortlich war, so sind die Verhältnisse zur Zeit nicht so deutlich.

17 Hinrichtungen von Regime-Gegnern in Paramaribo, der Hauptstadt Surinams, werden aber vor allem von Exil-Surinamesen in Holland zum Anlaß genommen, gegen Surinam zu hetzen. So hat die niederländische Regierung sofort sämtliche Entwicklungshilfe gestoppt. Es handelt sich immerhin um Summen in einer Größenordnung von 250 Millionen Gulden. Auch der Abbruch sämtlicher Militärhilfe und die Bildung einer Exilregierung in Holland sprechen eher für die Notwendigkeit der Maßnahmen Bouterse, der für die Unabhängigkeit Surinams eintritt.

Bezeichnend für die Betrachtung der Vorgänge in einem lateinamerikanischen Land ist, daß schon wieder die Kubaner und die Nicaraguaner verantwortlich gemacht werden. Exil-Surinamesen in Holland rechneten genau vor, daß



30 Nicaraguaner in Surinam seien, verschiedene Mitglieder der revolutionären Partei Surinams seien schon mal in Kuba gewesen, man habe ein Schiff an der Mündung des Surinam-Flusses gesehen, das keine Flagge gehißt hätte, ferner seien drei unbekannte Flugzeuge in Paramaribo gelandet, deren Herkunft ungewiß ist.

All diese Vermutungen, die die schon üblichen kubanisch-nicaraguanisch-russischen Einmischungstheorien für alle unabhängigen Länder Lateinamerikas untermauern sollen, nutzen aber nur dem US-Imperialismus und den alten Herren des Landes, und dienen als Vorwand für fremde Einmischung in Surinam.

# Was sagt die Volksfront zur Bundestagswahl?

## Interview mit Ulrich Leicht

**Roter Morgen: Warum kandidiert die Volksfront nicht — wie 1980 — zur anstehenden Bundestagswahl?**

Es ist nicht der Platz, das hier in aller Breite auszuführen. Deshalb ein paar Gesichtspunkte in Kürze. Kandidaturen zu Wahlen sind ja eigenständige Sache der politischen Parteien, die mit einem umfassenden politischen Programm um die Zustimmung der Wähler ringen. Nun ist die Volksfront keine politische Partei, sondern eine überparteiliche antifaschistische Organisation, und hat von diesem Selbstverständnis und Charakter her in der Regel ein etwas anderes Herangehen an Wahlkandidaturen. Wir schließen Eigenkandidaturen nicht grundsätzlich aus, aber sie bleiben eher die Ausnahme. Es kann politische Situationen geben, die eine Kandidatur solcher Organisationen wie der Volksfront in der einen oder anderen Form sinnvoll und nützlich, vielleicht sogar mal notwendig erscheinen lassen.

**RM: Aber was war 1980 anders?** 1980 war dies der Fall: Deutliche Anzeichen der Vertiefung der wirtschaftlichen Krise. Die reaktionärsten Kreise aus den Reihen der Großunternehmer und Bankiers signalisierten mit der Kanzlerkandidatur ihres starken Mannes, F.J. Strauß, daß sie eine härtere Gangart eingeschlagen haben wollten.

Es wurde sichtbar, daß Faschismus und Krieg als Ausweg aus der Krise ins Kalkül gezogen und politische Weichenstellungen dahin vollzogen wurden. Dies war eine ernste Herausforderung. Der Formierung der Kräfte der Reaktion stand keine ausreichende Formierung der Gegenkräfte gegenüber.

Der längst überfällige Schritt der Schaffung einer antireaktionären, antifaschistischen Front bundesweit und mit einer klaren politischen Zielrichtung, stand auf der Tagesordnung. Es galt deutlich zu machen: der reaktionäre Vorstoß mit Strauß ist ein ernstzunehmender Schritt der Faschisierung, der Wegbereitung eines Kurses wie zu Beginn der Krisenjahre 1929/33, forciert von den gleichen gesellschaftlichen Kräften. Die antifaschistische Einheitsfront tut not. Wir haben uns damals mit der Gründung der Volksfront an diese Arbeit gemacht.

Und es gab eine gute Chance, diese politische Einschätzung und Aufgabenstellung, die Schaffung einer antifaschistischen Front, die Verbreitung ihrer politischen Ziele und aktuellen Kampfaufgaben, in einer bewußten Alternative zu den Kräften der auf Reaktion und Faschismus setzenden Kandidatur von Strauß deutlich zu machen. Der Nachteil, als Quasi-Partei und in einer gewissen Abgrenzung zu anderen antifaschistischen Kräften in der Wahlaussage anzutreten, wog nicht so schwer, wie der Vorteil und die Möglichkeiten, im Kampf um die Einheit im konsequenten antifaschistischen Kampf und einer ersten wichtigen Formierung und Sammlung in der Volksfront voranzukommen.

Wir haben trotz Fehlern in der Arbeit, geringeren Erfolgen in den gestellten Aufgaben und beim Stimmenergebnis, als zunächst erwartet, wichtiges Terrain gewonnen. Für unsere heute sicher noch bescheidene Stärke, unser Ansehen und poli-

tischen Einfluß haben wir damals die Fundamente gelegt. Wir sind formiert und haben heute den Ausgangspunkt, ohne Profilierung durch eine Eigenkandidatur, unseren überparteilichen Charakter entsprechend in den Wahlkampf und gegen die reaktionäre Wende einzugreifen. Dies will auch die Mehrheit unserer Mitglieder.

Außerdem verbietet die kurze Vorbereitungszeit, der finanzielle Aufwand für den Wahlkampf, schon den Gedanken an eine Eigenkandidatur.

Aber ich denke, wir kommen auf das Thema nochmals zurück, später.

Als Antifaschisten werden wir uns vor allem der den sozialreaktionären Kurs begleitenden Politik des Abbaus der Demokratie, des „starken Staates“, der Faschisierung nach innen und der Politik der Konfrontation und Gefährdung des Friedens nach außen durch die neuen Männer in Bonn und ihre Hintermänner aus der Wirtschaft widmen.

Und wir werden die Notwendigkeit und Stärkung der Einheitsfront gegen die Reaktion, gegen einen Kurswechsel hin zu einem neuen '33 oder '39 verdeutlichen und dazu positiv Forderungen und Kampfschrit-

ten der Parteien und bei Auftritten von Spitzenkandidaten präsent sein.

Wir wollen uns insbesondere um eine intensivere Zusammenarbeit mit anderen im antifaschistischen oder Friedenskampf tätigen Kräften bemühen. Wir denken an solche Dinge, wie gemeinsam von uns mit Initiativen gegen Nazi-Umtriebe oder Ausländerfeindlichkeit, gegen die Kriegsgefahr vor Ort, Wahlforen zu veranstalten, auf denen wir die Parteien zu den uns bewegenden Fragen auf den Prüfstand stellen; und an andere gemeinsame Aktionen, wie dann auch der antifaschistische Kongreß Ende Februar. Wir werden durch unser aktives Eingreifen und die Darstellung unserer Positionen für jeden Prüfstein zur Orientierung bei der Wahl in die Hand geben.

**RM: Welche Rolle spielt der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus, der auf Initiative der Volksfront Ende Februar stattfindet?**

Der Kongreß am 26./27. Februar in Krefeld ist neben den Aktivitäten zum 30. Januar ein Höhepunkt unserer eigenständigen Aktivitäten im Verlauf des Wahlkampfes. In den nächsten beiden Monaten kommt es darauf an, die potentiellen Interessenten für die Teilnahme und Mitwirkung am Kongreß vor Ort zu gewinnen.

Die Resonanz auf zentrale Einladungen blieb gering. Uns kommt es vor allem darauf an, engagierte Kräfte aus Initiativen zur Ausländerproblematik, zum Frieden usw., in denen oder mit denen wir arbeiten oder die wir kennen, anzusprechen.

Der für jeden Antifaschisten offene Kongreß soll neben der Veranstaltung am Samstagabend vor allem ein Arbeitskongreß, ein Forum der Beratung sein. Über zwei Tage finden Arbeitskreise zu vier Themenschwerpunkten statt:

- Wie kam der Faschismus an die Macht? Welche Lehren sind für heute zu ziehen?
- Die Gefahr des Faschismus heute. Worum geht es im antifaschistischen Kampf?
- Ausländerfeindlichkeit, wichtiges Moment der Faschisierung.
- „Nachrüstung“ — und dann — wie weiter im Friedenskampf?

Darüber wollen wir einen Meinungsaustausch durchführen und am Ende ein Stück weitergekommen sein, in der Klarheit und Einheit des Kampfes gegen Reaktion, Faschismus und Krieg und in der gemeinsamen Arbeit. Darüber soll es auch eine Dokumentation geben. Der Erfolg hängt von der Arbeit der kommenden Wochen vor Ort ab, den Aktivitäten zum 30. Januar und im Wahlkampf. In der Woche vor dem Kongreß, zum 50. Jahrestag des Reichstagsbrandes, rufen wir zu einer Aktionswoche auf. Das Material zum Kongreß und Redner für Veranstaltungen stehen nach dem Jahreswechsel zur Verfügung. Wir würden uns freuen, wenn auch ihr dies bekanntmachen und unterstützen könntet.

(Wird fortgesetzt)

## KONGRESS GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS



Am 26. und 27. Februar findet in Krefeld auf Initiative der Volksfront ein Kongreß gegen Reaktion, Faschismus und Kriegsgefahr statt. Wir rufen alle Antifaschisten auf, daran mitzuarbeiten.

Unser Bild zeigt den Kongreß gegen Reaktion und Faschismus vom Januar 1980. (Foto: RM)

**RM: Ja, sicher. Aber jetzt erstmal: Welche Aussage macht die Volksfront zur Bundestagswahl? Gibt sie eine Wahlkampfpläne ab — wenn nein, warum nicht?**

Aus dem vorher erwähnten Selbstverständnis der Volksfront ergibt sich auch, daß sie keine konkrete Wahlaussage für eine Partei macht. Mit Sympathien und Erwartungen haben wir die Bemühungen um die Schaffung eines gegen die Bonner Rechtskoalition gerichteten Wahlbündnis verfolgt. Es hätte sicher den von uns als wichtig erachteten Zusammenschluß aller Demokraten und Antifaschisten, der antireaktionären Kräfte gefördert. Dies ist nicht zustande gekommen. Übrig geblieben ist die gemeinsame Kandidatur von KPD und BWK, zweier revolutionärer sozialistischer Organisationen, die mit ihrem Programm über die Grundsätze der Volksfront hinausgehen.

Der Zentrale Vorstand hat angesichts dieser Situation seine Haltung bekräftigt, keine Wahlaussage zugunsten einer Parteikandidatur zu machen, auch nicht für die Grünen, die SPD oder DKP. Allen Parteien der Rechtskoalition keine Stimme — das allerdings sagen wir.

**RM: Gut, dazu vielleicht noch etwas genauer ...** Wir werden Partei ergreifen für den Kampf gegen die von der Rechtskoalition und ihren Drahtziehern angestrebte Wende. Diese wird parteimäßig vor allem in den Unionsparteien repräsentiert. Die politische Stoßrichtung unserer Aussagen zur Wahl sind deshalb:

- Gegen die Wende in Bonn, die neue Rechtskoalition, den Weg in den CDU-Staat — den Vormarsch der äußersten Reaktion zu stoppen.
- Die Hintergründe, Absichten und Gefahren des Bonner Wendemanövers verdeutlichen.

te gegen Reaktion, Faschismus und Krieg formulieren wie:

- Für das Verbot der NPD und anderer faschistischer Organisationen;
- Gegen einen Polizei- und Überwachungsstaat;
- Gegen die wachsende Ausländerfeindlichkeit, für die wirtschaftliche und politische Gleichstellung unserer ausländischen Mitbürger;
- Für NATO-Austritt und Neutralität der BRD als konkrete Schritte zur Friedenssicherung.

Dies sind Aufgaben über den Wahltag hinaus, und sie werden nicht mit dem Stimmzettel am 6. März entschieden, sondern durch den Kampf der werktätigen Menschen, der Gewerkschaften und anderer Bevölkerungskreise.

An diesen Fragen, Einschätzungen und Positionen sind die zur Wahl stehenden Parteien für uns zu messen. Daran ist zu prüfen, wer den Kurs der Reaktion betreibt, wer und wie konsequent er dagegen Stellung bezieht.

**RM: Wie werden die praktischen Aktivitäten der Volksfrontler im Wahlkampf aussehen?**

Wir müssen wie damals zu Strauß einen Schlag zulegen und aktiver werden. Das eingeleitete Wendemanöver und die politisch bewegte Wahlzeit sind für unsere Politik gut zu nutzen. Mit Flugblättern, anderen Materialien und Informationsaktionen werden wir die politischen Maßnahmen und Vorhaben der Rechtskoalition, ihrer Hauptvertreter usw. enthüllen. Wo es sinnvoll ist, werden wir auf Wahlveranstaltungen

Im nächsten „Roten Morgen“:

„Wir haben doch nicht gesagt Stopp Strauß und Schmidt, sondern sagten: Strauß stoppen heißt nicht Schmidt wählen“ — Die Formierung der Reaktion sieht heute anders aus als damals — Was die Wahlteilnahme 1980 der Volksfront gebracht hat.

## Prozeß-Ökonomie

### Mildes Urteil für Nazi-Terroristen

Stuttgart. — Der Prozeß gegen sechs Mitglieder der terroristischen Nazi-Bande Deutsche Aktionsgruppen, auf deren Konto erwiesenermaßen mindestens zwei Morde und zahlreiche Brandanschläge und andere Gewaltverbrechen gehen, endete mit empörend niedrigen Urteilen: Es wurden Haftstrafen zwischen 10 und 21 Monaten, sowie Geldstrafen ausgesprochen, die Haftstrafen allesamt

drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt.

Aus „prozeß-ökonomischen Gründen“, so der Oberstaatsanwalt, hatte das Gericht auf eine Verfolgung des Anklagepunktes der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung abgesehen — „weil dadurch das Strafmaß kaum verändert worden wäre“ („Süddeutsche Zeitung“, 17. 12.).

### Bedeutender Beitrag der Kommunistischen Jugend zur Hebung der Volksgesundheit

## Schluckimpfung gegen Kohlera

Die Kohlera geht um. Viele Menschen befällt die längst totgeglaubte Volksseuche schutzlos.

Aber viele konnten bereits dagegen geschützt werden!

Einen wertvollen Beitrag dazu leistet die Kommunistische Jugend Deutschlands mit ihrer Schluckimpfungs-Aktion, bisher mit gutem Erfolg durchgeführt während der BAFÖG-Demonstration in Bonn und bei der Friedensveranstaltung der DGB-Jugend in Dortmund.

Angetan mit weißen Ärztekitteln, Hauben und Mundtüchern machten die Genossen auf sich aufmerksam. Dabei verteilten sie das Flugblatt mit

der Schluckimpfungsbescheinigung, das wir hier abbilden, an alle, die sich der dringend notwendigen Behandlung unterziehen. Es ist so leicht und tut so gut: Jeder Patient erhält das Mittel „Anti-Kohlera“ (Böswillige behaupten, es habe sich einfach um Apfelkorn gehandelt), das mittels einer Spritze aus der Arzneiflasch gezogen wird, auf ein Stückchen Würfelzucker geträufelt.

Wer bisher an der Schluckimpfung nicht teilnehmen konnte, dem raten wir dringend, sich umgehend bei seiner örtlichen KJD-Impfstation zu melden! Denn:

**Kohlera ist grausam. Schluckimpfung ist köstlich.**

Eine lange totgeglaubte Krankheit ist in Bonn ausgebrochen, die

# KOHLERA

Schon totgeglaubt in Deutschland!

Im Oktober 1982 in Bonn wieder ausgebrochen!

Die Kohlera will dir an den Kragen!!!

- Bafög streichen
- Kindergeldkürzungen
- Lohnpausen
- Mehrwertsteuererhöhung
- Einführung der Staffelmiete

Und das ist erst der Anfang!

Die Schmidt'sche Sparschweinelei hat uns schon genug geschrippt!

Die Kohlera droht sich in ganz Deutschland auszubreiten! Keine Angst — denn jetzt gibt es:

## Anti-Kohlera

Anti Kohlera verhindert das Eindringen des Kohlera Bazillus ins Gehirn! Die Kohlera-Märchen von: Alle in einem Boot sitzen; Sozialpartnerschaft; den hirn festsetzen! Vielmehr fordert es die Wut darüber, daß die Reichen immer reicher werden und wir uns immer ärmer sparen sollen! Außerdem stärkt Anti Kohlera die Widerstandskräfte des Körpers! Die brauchen wir, um in Gesprächen, auf Flugblättern und vor allem durch Aktionen der Kohlera entgegenzutreten zu können!

Merke: Ein Kreuzchen am Wahltag stoppt die Kohlera nicht! Allein macht die Kohlera dich ein! Nur gemeinsam sind wir stark!

Schluckimpfbescheinigung

(Bitte jederzeit mitführen!)

Hier: (Name) hat erfolgreich an der Anti-Kohlera-Schluckimpfung teilgenommen

Es gratuliert: Kommunistische Jugend Deutschlands

Wellinghofer Str. 103

4600 Dortmund 30

### Anti-Kohlera

Laßt euch nicht verkohlen!

U. Hartel, Kurfürstenstr. 21, 51 Aachen

Eigenbrunnen im Bergsträß

## Referat zum Sonderparteitag der KPD (Teil II)

# Zu der nach dem Regierungswechsel entstandenen politischen Lage

Diese Tour ist nicht neu. Schon die Nazis wandten sie an: Den Appell an die Volksgemeinschaft, das „alle müssen Opfer bringen“, die Losung „einer für alle, alle für einen“. Und was den Nazis die Juden waren, sind heute den schwarzen Reaktionen die Ausländer, die angeblich auf unsere Kosten leben. Schon hört man das Wort von den „Doppelverdienern“, deutsche Frauen an den Kochtopf und auch der Gedanke an einen Bundesarbeitsdienst wird wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Machen wir uns nichts vor, der Appell an die Opferbereitschaft, den Gemeinsinn, die Solidarität wird bei vielen Menschen, die den Klassencharakter unserer Gesellschaft nicht erkennen, nicht ohne Wirkung bleiben. Warum wohl ist die CDU die stärkste Partei, wenn sie nicht eine beträchtliche Zahl sogenannter einfacher Menschen wählt. Schließlich ist die Losung „einer für alle, alle für einen“ ja nicht falsch, nämlich im Sozialismus. Und auch der Appell an die Solidarität ist grundrichtig, nämlich innerhalb unserer, der Arbeiterklasse. **Solidarität, Sozialpartnerschaft mit unseren Ausbeutern und Unterdrückten, den Kapitalisten aber kann und wird es nicht geben. Hier heißt es Klasse gegen Klasse, ihr oder wir.**

## Gegen die Gewerkschaften

Die geplante Politik des sozialen Kahlschlags und Lohnabbaus aber kann das Finanzkapital und seine Bonner Regierung nicht mit, sondern nur gegen die Gewerkschaften durchsetzen. Dahin zielen ihre Angriffe, wenn z.B. von Bundesarbeitsminister Blüm eine Lohnpause, wenn „freiwillige Zurückhaltung in der Tarifgestaltung“ verlangt und argumentiert wird: die „nominalen Tarifabschlüsse sind schon hundertfach im betrieblichen Alltag nach unten korrigiert worden“, was schon stimmt.

Nur eben, daß dieser Bruch der Tarifabschlüsse durch die einzelnen Unternehmer, „freiwilliger“ Lohnverzicht von bis zu 10 Prozent, auf Grund der Erpressung: Lohnverzicht oder Schließung des Betriebes zustande kam. Auf der gleichen Linie liegt die Blümsche Argumentation von der „Kleinrentnerin mit monatlich 800 Mark“, die „ein halbes Jahr auf die nächste Erhöhung ihrer Rente warten muß“, während „die Gewerkschaften so tun, als gehe sie das nichts an und sich in der Lohnrunde voll befriedigen.“

Die Perfidie dieser Argumentation ist kaum noch zu überbieten. Da zwingt man die Kleinrentnerin, die sich nicht wehren kann, zum Verzicht auf die ihr zustehende Erhöhung der Rente, um damit den Egoismus der Arbeiter, die um ihre Reallohnsicherung kämpfen, zu beweisen. Der Gipfel dieses Versuches, den Geist der Spaltung, des Ausspiels des einen Ausbeuteten gegen den anderen zu verbreiten ist es, wenn Blüm (in einem Gespräch mit der „Welt“) die Frage stellt:

„Was wird, wenn die Busfahrer streiken? Könnten sie vielleicht Prügel beziehen? Nicht von den ‚Kapitalisten‘, sondern von den Stahlwerkern, die kurzarbeiten und außerdem noch um ihren Arbeitsplatz bangen. Jüngere, gut ausgebildete Arbeitnehmer gegen ältere mit gesundheitlichen Einschränkungen, gewerbliche Arbeitnehmer mit hohem Arbeitsplatzrisiko gegen Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes. Sind das die

Im letzten „Roten Morgen“ hatten wir den ersten Teil des Referats des Genossen Ernst Aust auf dem Sonderparteitag abgedruckt. Darin hatte er sich vor allem mit der objektiven Entwicklung der Lage und der politischen Reaktion der Kapitalisten darauf beschäftigt. Im zweiten Teil des Referats, den wir heute wiedergeben, wird die weitere Politik der Reaktion analysiert und die Taktik begründet, mit der unsere Partei auf diese Entwicklung reagieren muß.

Fronten, die die Gewerkschaften möglicherweise in Zukunft zum Bersten bringen?“

Genau das sind sie, das ist es, was die Bourgeoisie plant, die Taktik, die sie anwendet, um die Kraft der Gewerkschaften, die Solidarität der Ausbeuteten zu schwächen, sie gegeneinander auszuspielen: noch in Arbeit stehende, gegen Arbeitslose — Jüngere gegen Ältere — Männer gegen Frauen — deutsche gegen ausländische Arbeiter — Nichtgewerkschafter gegen Gewerkschafter usw. usf.

Deshalb ihre getürkten Meinungsumfragen: „68 Prozent erklärten: ‚Es geht uns so gut, daß wir ruhig einige Einschränkungen hinnehmen können‘.“ („Bunte“-Illustrierte und „Welt“ vom 9.12.82) Deshalb ihre Lügen, die Arbeiter und Angestellten seien im Interesse des Ganzen, z.B. die Arbeiter der Arbed-Saarstahl-GmbH, schon zu Opfern, zu Lohnverzicht, zur Kürzung des Weihnachtsgeldes bereit, wenn nur die Gewerkschaftsführer nicht so stur, so egoistisch wären und nur an ihre, die Gewerkschaftsinteressen dächten.

Deshalb die kaum noch verhüllten Drohungen: „Hoffentlich kapierten sie (die Gewerkschaftsführer) nicht zu spät, daß sie sich in eine Verweigerungspolitik gegenüber dem Staat und den Bürgern verrennen.“ („Welt“ vom 2.11.82) Oder die Unterstellung der CDU-Sozialausschüsse, die sich gegen „klassenkämpferische Angriffe der Gewerkschaften“ auf die Politik der neuen Regierung wandten.

## Kämpfen, ehe es zu spät ist

Wie aber verhalten sich nun diese angeblich so klassenkämpferischen Gewerkschaftsführer gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie? Sie weichen zurück. Sie nehmen den Bruch von Tarifabschlüssen, der Tarifautonomie — wie bei Arbed — in Kauf, um, wie sie sagen, sich nicht den schwarzen Peter zuschieben zu lassen. Sie — bis auf Ausnahmen — scharwenzeln vor der Regierung und bieten ihr Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft an, anstatt zu erkennen, was die Stunde geschlagen hat: nämlich, daß es hier um nichts anderes als den Versuch des Finanzkapitals und seiner Bonner Regierung geht, die westdeutsche Einheitsgewerkschaft, den DGB, auf kaltem Wege auszuschalten. Sie werden wohl erst dann — wie ihre Vorgänger vom ADGB, die noch am 1. Mai 1933 den Nazis ihre Ergebnisse bekundeten — kapieren, was Sache ist, wenn die Gewerkschaftshäuser geschlossen werden. Aber dann haben sie ja die ihnen von der Bourgeoisie zugedachte Aufgabe erfüllt. Was allerdings keine Ga-

rantie dafür ist, nicht doch ins KZ zu wandern.

Nun, soweit sind wir noch nicht. Vorerst begnügt sich die Staatsmacht damit, wie anläßlich der Aktionstage der IG-Metall-Jugend in Hamburg, auf junge Gewerkschafter einzuprügeln oder droht, wie Bundesinnenminister Zimmermanns Staatssekretär Spranger im Hinblick auf wachsende Streiks und Arbeitskämpfe mit einer Verschärfung der Gesetzgebung gegen Demonstrationen und Aufruhr. Noch, vor den angekündigten Bundestagswahlen am 6. März, hält man sich zurück, läßt man die Katze nicht aus dem Sack. Erst wollen sie sicher sein, daß ihnen vier Jahre bleiben, um unter Berufung auf den Wählerwillen, ihre Politik der grundlegenden Wende, des rigorosen Abbaus der sozialen und demokratischen Rechte des Vol-

gierung derzeit noch davon, sie wolle die sogenannte Entspannungspolitik, des „friedlichen“ Eindringens in die Länder des Ostens, der sozialliberalen Koalition fortsetzen, in Wirklichkeit jedoch schaltet man heute schon um auf den von US-Präsident Reagan vorexerzierten Kurs der verstärkten Aufrüstung, der Militarisierung der Wirtschaft, des kalten Krieges. Strauß fordert für beide, die USA und die Bundesrepublik, „eine gemeinsame Strategie gegen den Weltkommunismus“ und der CDU-Vizepräsident des Bundestages, Windelen erklärte, um ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, wohin der kommende Ritt gehen soll, „auch Ostpreußen“ sei „deutsches Land“ und müsse in die Wiedervereinigung einbezogen werden.

## Politik der Militarisierung

Wie die USA baut die Bundesregierung ihre Beziehungen zu den reaktionär-faschistischen Regimes dieser Welt aus, während sie die Beziehungen zu demokratisch-fortschrittlichen Staaten

wird er den Prozeß der Faschisierung beschleunigen, werden die Angriffe auf die Positionen und Recht der Arbeiterklasse und Gewerkschaften härter, werden sich — wenn auch nicht sofort — die Klassenkämpfe verschärfen, und die Partei ist verpflichtet, ihre Politik und Taktik auf die geänderte Lage einzustellen.

Wie, ob und in welcher Form bei einer weiteren Verschärfung der Krise, des eventuellen Heranreifens einer revolutionären Situation, das Finanzkapital seine faschistische Herrschaft errichten wird, ist heute noch nicht abzusehen und spekulativ. Eines ist jedoch heute schon klar und wird durch die Erfahrungen der Geschichte bestätigt, mit einer SPD als Regierungspartei ist dieser Wandel nicht zu vollziehen. Die Behauptung, das Finanzkapital könne auch mit der SPD seine Politik des rigorosen Sozialabbaus und der Faschisierung durchführen, widerlegt sich schon dadurch: Warum tat es es nicht, warum führte es den Sturz der SPD-Regierung herbei?



kes, der Umverteilung von unten nach oben durchzupeitschen.

Zwar ist auch die SPD eine imperialistische Partei, hat sie in der Vergangenheit oftmals bewiesen, daß sie im Interesse des Kapitals selber bereit ist, auf Arbeiter schießen zu lassen, doch wäre es absurd zu leugnen, daß es zwischen ihr und den reaktionär-konservativen Parteien graduelle Unterschiede gibt, die es für uns zu nutzen gilt. Oder kann es uns gleichgültig sein, wenn das Finanzkapital zum Großangriff auf die erkämpften gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiterklasse antritt; wenn man die Rückkehr zum Drei-Klassen-Bildungssystem antritt; wenn man — wie Strauß — darauf aus ist, die Friedensbewegung, die außerparlamentarische Opposition zu kriminalisieren und durch die Aufhebung des Datenschutzes, die völlige Überwachung der Bundesbürger, den totalen Polizeistaat einzuführen.

Und außenpolitisch? Zwar spricht die Kohl/Genscher-Re-

und Befreiungsbewegungen ab. Genf hin, Genf her, die Stationierung der neuen amerikanischen Pershing-II-Raketen ist beschlossene Sache, mit der Vorbereitung dazu wurde bereits begonnen, und Bundeskanzler Kohl erklärte die NATO, das Bündnis mit den USA zum „Kernpunkt deutscher Staatsräson“. Wie in den dreißiger Jahren suchen die kapitalistischen, die imperialistischen Staaten den Ausweg aus der weltweiten Krise in Kriegsvorbereitung und Krieg.

Eine Politik der Militarisierung, der verstärkten Kriegsvorbereitung ist aber stets verbunden mit der verstärkten Unterdrückung des eigenen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung. Nun wäre es grundfalsch, den Regierungsantritt der CDU/CSU-Regierung als den Machtantritt des Faschismus zu bezeichnen und in Illegalitätspanik zu verfallen. Andererseits aber wäre es genau so verkehrt, den Machtantritt der schwarzen Reaktion in Bonn zu unterschätzen. Zweifellos

Für das Finanzkapital ist in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krisensituation sicherlich eine verbal-radikale SPD-Opportunisten wertvoller als eine SPD mit ihrer notwendigen Rücksichtnahme auf die, ihrer direkten Verbindung mit den Gewerkschaften in der Regierungsverantwortung. Hoffte es doch so durch die von der SPD vertretene reformistische Ideologie der Klassenversöhnung, der Sozialpartnerschaft, die sozialdemokratisch beeinflussten Massen ruhig zu halten. Das Dilemma für die herrschenden kapitalistischen Kreise ist nur, daß sie zur Durchsetzung ihrer Politik des sozialen Kahlschlags um die Ausschaltung des Widerstands auch der reformistischen Gewerkschaften nicht herumkommen, so daß sie zwangsläufig in direkten Widerspruch zur SPD geraten. Ohne eine solche differenzierte Einschätzung der SPD ist es unmöglich, die Mehrheit der heute noch sozialdemokratisch beeinflussten Arbeiter-schaft in die Einheitsfront gegen die Reaktion einzubeziehen.

## Für eine Politik der Einheitsfront

Wenn heute linke und auch rechte Sozialdemokraten schärfere Töne anschlagen, wenn sie von „Umverteilung von unten nach oben“ (Schmidt), von „Krisenbewältigung nach Konzernherrenart“ (Steinkühler), von „Steuerhinterziehern, Wirtschaftskriminellen, Reichen und Superreichen“ sprechen, die man nicht schonen dürfe, von der „Kohl-Regierung“, die „angetreten ist, den Sozialstaat aus den Angeln zu heben“, so nützt es uns nichts, diese Worte als unernst, als nur verbal, als Schaumschlagerei, als Demagogie zu bezeichnen, oder gar die Linken als noch gefährlicher als die Rechten, da man ihre arbeiterfeindliche Ideologie schwerer durchschaut.

Das müssen wir wissen und dürfen uns keine Illusionen auch über die linken Sozialdemokraten machen. Doch unsere Taktik ihnen gegenüber muß sein, sie beim Wort zu nehmen und sie auf ihre Taten im Kampf gegen die Kapitalisten festzunageln. Sind sie ehrlich (auch das soll vorkommen) gut, sind sie nur Sprücheklopfer, so werden sie sich schnell vor den Arbeitern entlarven. Unsere Frage gegenüber unseren sozialdemokratischen Kollegen muß sein: Wie können wir der Bonner Reaktion am wirkungsvollsten begegnen, wie können wir die Interessen der Arbeiterklasse am wirkungsvollsten wahrnehmen; durch Klassenzusammenarbeit, Reformierbarkeit des Kapitalismus, Vermeidung des Klassenkampfes auf der einen Seite oder konsequenten Klassenkampf, proletarische Revolution, Sozialismus und Herrschaft der Arbeiterklasse auf der anderen Seite?

Klar ist, daß der Vormarsch der Reaktion, der Strauß, Kohl, Lambsdorff etc. und der hinter ihnen stehenden Kreise des Finanzkapitals nicht aufzuhalten ist durch parlamentarische Wahlen, sondern nur durch die Entfaltung des breitesten Massenwiderstandes der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften. Deshalb muß die Entfaltung des Klassenkampfes der Arbeiter und Angestellten, des außerparlamentarischen Massenkampfes im Zentrum der Politik der Partei stehen. Diese Entfaltung des Massenkampfes aber ist unmöglich ohne die konsequente Anwendung der Einheitsfrontpolitik der Partei, die auch oder gerade unsere sozialdemokratischen Genossen einbezieht. Nichts, auch nicht die Klassenversöhnungspolitik ihrer Führer, darf uns daran hindern. Lernen wir aus den Erfahrungen von vor 1933.

Die zu erwartende Verschärfung der Krise, die Argumentation der Unternehmer: was sollen wir machen, wir haben keine Aufträge mehr, wir müssen entlassen, wirft unweigerlich die Frage der Gesellschaftsordnung, einer Ordnung ohne Arbeitslosigkeit, Krisen und Kriege, des Sozialismus auf. Solange jedoch die Werktätigen das abschreckende Beispiel des „realen Sozialismus“ vor Augen haben, werden sie sich kaum veranlaßt fühlen für den Sturz des Kapitalismus zu kämpfen. Wer kämpft schon für eine Gesellschaftsordnung, in der es ihm nicht besser, sondern höchstens noch schlechter geht. Deshalb ist es vorrangige Aufgabe der Partei, den Arbeitern, den Werktätigen eine klare Antwort darauf zu geben: wie es zu dieser Entartung des Sozialismus kommen konnte, was man tun muß, um sie zu verhindern, was Sozialismus und Kommunismus in Wirklichkeit heißt.

Allerdings war zum Zeitpunkt dieser Stellungnahme der MLPD faktisch schon klar, daß es ein breites Bündnis „nicht-monopolistischer Parteien, Organisationen und Initiativen“, wie es der MLPD vorschwebte, nicht geben würde, weil wesentliche Organisationen des in Frage kommenden politischen Spektrums sich dagegen entschieden hatten. Die MLPD vermied es aber zu diesem Zeitpunkt erkennen zu lassen, wie sie sich angesichts dieser neu entstandenen Situation verhalten wollte.

## Ein neuer Vorschlag

Unsere Partei trat nun in einem Brief an mehrere revolutionäre Organisationen für ein Wahlbündnis dieser Organisationen ein. Zur Erläuterung schrieben wir am 6. 11. unter anderem:

„In Anbetracht der äußerst knappen Zeit halten wir ein Übereinkommen zwischen linken Organisationen auf zentraler Ebene für den einzig verbleibenden realistischen Weg, ein solches Wahlbündnis überhaupt noch zustande zu bringen. (...) Wir geben zu, daß ein solches Wahlbündnis, das nur den von uns angesprochenen Kreis von Organisationen umfaßt, den Herausforderungen der aktuellen politischen Entwicklung bei weitem nicht ausreichend gerecht werden kann. Wir sind aber der Meinung, daß es ein jetzt noch möglicher Schritt in die richtige Richtung wäre.“

Am 19. 11. kam es zu einem Treffen zwischen unserer Partei und der MLPD. In diesem Gespräch legten die Vertreter der MLPD dar, daß sie das von uns angesprochene Bündnis zwischen revolutionären Organisationen (vereinbart war bereits ein Gespräch zwischen BWK, GIM, KPD und MLPD) als zu eng ablehnte. Stattdessen präsentierten sie erstmalig ein Konzept zur Bildung einer *Vereinigten Arbeiterliste*.

Grundgedanke dieses Konzepts war es, ein von bestehenden Parteien und Organisationen unabhängiges Wahlbündnis zu bilden, das sich vor allem an Arbeiter wenden sollte, die, von der Politik der SPD enttäuscht, nach einer Alternative suchen. Als politische Plattform dieses angestrebten Zusammenschlusses schlug die MLPD einfach eine Reihe Forderungen vor. Überwiegend solche, die in den Gewerkschaften, der Bewegung gegen den Sozialabbau, den demokratischen Bewegungen und der Friedensbewegung und in der Umweltschutzbewegung weit verbreitet und nahezu unumstritten sind.

Zur Bildung dieser *Vereinigten Arbeiterliste* schlug die MLPD vor, daß möglichst zahlreich namhafte Vertreter aus dem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich zur Unterzeichnung eines derartigen Aufrufs angesprochen werden sollten. Auf der Grundlage des von diesem Personenkomitee erlassenen Aufrufs sollten örtliche Versammlungen zur Bildung von örtlichen Initiativen durchgeführt werden. Anfang Januar sollte die *Vereinigte Arbeiterliste* bundesweit als Wahlpartei gegründet werden. Im Anschluß daran sollten auf Landeskonferenzen die Wahlvorschläge (Landeslisten) erstellt werden. Nach den Wahlen sollte diese Wahlpartei wieder aufgelöst werden.

Die Verhandlungsdelegation unserer Partei stimmte zu, daß der Grundgedanke der MLPD, die Wahlen zu nutzen, um einen Fortschritt im Zusammenschluß vor allem der kämpferischen Arbeiter gegen die Reaktion zu erreichen, richtig sei, daß es

# Über die Bemühungen, ein linkes klassenkämpferisches Wahlbündnis zu schaffen

In der letzten Nummer des „Roten Morgen“ hatten wir den ersten Teil des Berichts über die Bemühungen, ein linkes klassenkämpferisches Wahlbündnis zu schaffen, abgedruckt. Darin war der gesamte Ablauf dieser Bemühungen umrissen worden, zu den Grünen und der GIM Stellung genommen. Über die weitere Entwicklung der Bemühungen berichtet der heute abgedruckte zweite und letzte Teil des Artikels.

auch richtig sei, sich vor allem um die Gewinnung von Kräften aus dem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich zu bemühen, daß ein solch wünschenswerter breiter Zusammenschluß von kämpferischen Arbeitern tatsächlich zur Voraussetzung habe, daß die Überparteilichkeit des angestrebten Wahlbündnisses außer Frage stehe.

Zugleich aber äußerten wir ernsthafte Zweifel, ob ein solches Konzept realistisch sei. Die Vertreter der MLPD bestanden aber darauf, daß es möglich sei, auch in der verbleibenden kurzen Zeit eine starke Bewegung zu entfalten. Sie äußerten sinngemäß, sie hielten es sogar für möglich, daß diese Sammlung so breit und stark werden könne, daß selbst die GRÜNEN unter Umständen noch gezwungen sein könnten, ihren Beschluß zur Alleinkandidatur zu überdenken. Um ihren diesbezüglichen Optimismus zu rechtfertigen, nannten die Genossen einige namhafte Vertreter des linken Gewerkschaftsspektrums, von denen sie annahmen, sie könnten unter Umständen als Erstunterzeichner des Aufrufs gewonnen werden.

Angesichts dieser zuversichtlichen Haltung der Genossen der MLPD und angesichts der Tatsache, daß die MLPD unseren Vorschlag, ein Wahlbündnis revolutionärer Organisationen zu bilden, ablehnte, sagten die Genossen unserer Verhandlungsdelegation zu, die Vorstellungen der MLPD bis zum wenige Tage später anberaumten Verhandlungstermin zwischen den bereits genannten vier gesprächsbereiten Organisationen zu überdenken.

Wir teilten dabei — und haben das auch zum Ausdruck gebracht — keineswegs die optimistischen Erwartungen der MLPD hinsichtlich der Realisierbarkeit eines wirklich breiten Bündnisses. Aber wir wollten andererseits auch keine Möglichkeit ausschließen, um ein Wahlbündnis auch mit der MLPD zustandezubringen.

## Verschiedenste Bedenken

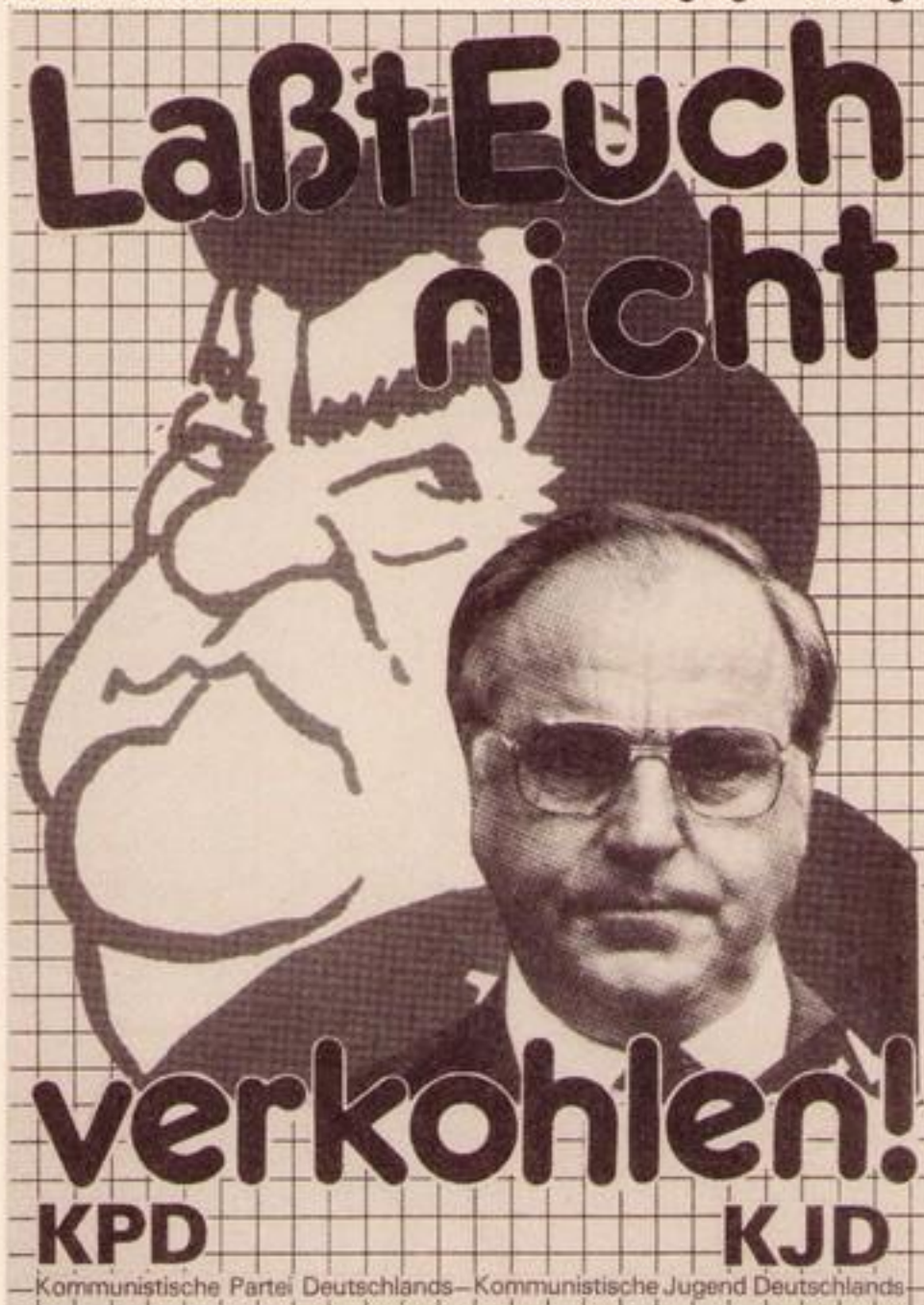
Bei genauerer Überprüfung des Vorschlages der MLPD kamen wir zu folgendem Ergebnis:

- Nach dem Konzept der MLPD bliebe praktisch nur der Dezember, um örtlich Kräfte für das Wahlbündnis zu sammeln. Wegen der Weihnachtszeit sind das faktisch knapp drei Wochen. Der Gedanke, innerhalb von drei Wochen nennenswerte Kräfte zu mobilisieren, die über den Einflußbereich von MLPD und KPD hinausgehen, erledigt sich offensichtlich von selbst.

- Nach den Vorstellungen der MLPD würde die angestrebte Wahlpartei Anfang Januar gegründet (in der Tat der früheste Termin). Das bedeutet, daß die Landeslisten frühestens Mitte Januar stehen. Am 31. Januar aber müßten bei dem angekündigten Wahltermin (6. März) die erforderlichen Unterschriften von den örtlichen Einwohnermeldeämtern bereits beglaubigt beim Landeswahlleiter abgege-

ben werden. Nach den Erfahrungen, die unsere Partei in vorangegangenen Wahlkämpfen gemacht hat, ist das, im wesentlichen gestützt auf von der MLPD und der KPD organisierte Kräfte, in den meisten Bundesländern nicht zu schaffen. Nach unserer Einschätzung würde der von der MLPD vorgeschlagene Weg also dazu führen, daß in den meisten Bundesländern überhaupt keine Kandidatur erreicht werden kann.

werden, daß man gemeinsam für einige sehr populäre Forderungen eintritt. Für diese Forderungen treten heute viele Millionen ein. Gegenüber diesen Massenbewegungen kann man unmöglich den Anspruch erheben, der „wahre Vertreter“ dieser Forderungen zu sein. Ein solcher Anspruch würde einem, wenn das Wahlbündnis nicht tatsächlich Ausdruck zumindest eines breiten Spektrums der an diesen Massenbewegungen beteiligten



Der Vorschlag der MLPD wirft aber auch politische Probleme auf:

- Das Konzept der MLPD sieht vor, namhafte Einzelpersonen, vor allem aus dem Betriebs- und Gewerkschaftsbereich, für die Bildung einer *Vereinigten Arbeiterliste* zu gewinnen. Die in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen gehören aber mehrheitlich politischen Organisationen an bzw. fühlen sich mit ihnen verbunden. Zu einer vernünftigen politischen Auseinandersetzung mit diesen Organisationen über das Konzept der *Vereinigten Arbeiterliste* bleibt keine Zeit. Es bestünde die große Gefahr, daß die betroffenen Organisationen die Bestrebungen, einzelne aus dem Kreis ihrer Mitglieder und Anhänger für die *Vereinigte Arbeiterliste* zu gewinnen, als Versuch auffassen würden, die Einheit ihrer Organisation von unten zu zersetzen und Teile abzuspalten. Weil in der Tat keine Zeit bliebe, mit diesen Organisationen ernsthaft über sich ergebende Probleme zu diskutieren, wäre es sehr schwierig, den Vorwurf des spalterischen Vorgehens zu entkräften. Möglicherweise würde das von der MLPD vorgeschlagene Vorgehen also gerade nicht zu einem Fortschritt in Sachen Arbeitereinheit führen.

- Ein Wahlbündnis, das im wesentlichen von MLPD und KPD getragen würde, kann nicht einfach damit begründet

Menschen wäre, entweder als Größenwahn, oder noch schlimmer, als sektiererisches Spaltertum ausgelegt werden. Nur mit einer Aneinanderreihung solch weitverbreiteter Forderungen könnte man im Wahlkampf noch nicht einmal begründen, warum man selbst kandidiert, anstatt die GRÜNEN, die DKP, oder auch die SPD zu unterstützen, weil doch alle diese Parteien durchaus für populäre Forderungen eintreten.

Deshalb kamen wir zu dem Schluß, daß der Plan der MLPD, in der verbleibenden sehr knappen Zeit an wesentlichen organisierten politischen Kräften vorbei ein breites Wahlbündnis von unten zu entwickeln, organisatorisch und politisch undurchführbar ist.

Wir konnten die Genossen der MLPD offensichtlich von der Undurchführbarkeit ihres Konzeptes nicht überzeugen. Demzufolge versucht die MLPD nach wie vor landauf landab das Projekt in die Gänge zu bringen. Wir hoffen, daß die Genossinnen und Genossen der MLPD bei ihrem weiteren Vorgehen wirklich alle möglichen politischen Auswirkungen realistisch beurteilen. Es hat in der Politik wenig Sinn, den Wunsch zum Vater des Gedankes zu machen. Gerade unsere Partei hat für die Mißachtung dieser einfachen Wahrheit verschiedentlich Lehrgeld bezahlen müssen. Als unredlich empfinden wir es aber, wenn Genossen der MLPD, wie

auf verschiedenen Veranstaltungen angeklingen, unsere Partei dafür verantwortlich machen, daß Bestrebungen zur Bildung der *Vereinigten Arbeiterliste* nicht die notwendige Unterstützung finden. Die MLPD neigt normalerweise dazu, in der „Roten Fahne“ die Kraft und die Möglichkeiten unserer Partei äußerst gering zu veranschlagen. Es wäre doch sehr verwunderlich, wenn sie sich jetzt zu einer absurden Übertreibung der Einflußmöglichkeiten unserer Partei versteigen würde.

## Ehrlichkeit ist gefordert

Zur Redlichkeit in der politischen Auseinandersetzung gehört nach unserer Überzeugung auch, daß man sich mit den tatsächlichen Argumenten des anderen auseinandersetzt und ihm nicht der Einfachheit halber Positionen unterstellt, die er gar nicht vertritt. So verfährt aber das Sekretariat des ZK der MLPD, wenn es in einer schriftlichen Stellungnahme zum zweiten Verhandlungstreffen die erste Diskussion so zusammenfaßt:

„Dabei standen sich — sieht man einmal von untergeordneten Differenzen ab — zwei Auffassungen gegenüber:

a) der Vorschlag der MLPD für eine breite Aktionseinheit gegen den Bonner Rechtsblock;  
b) die Auffassung von BWK, KPD und GIM, wonach es sich um ein revolutionäres Bündnis der vier Organisationen mit einem sozialistischen Programm handeln müsse.“

Es kann der MLPD nicht entgangen sein, daß wir prinzipiell für ein breites Bündnis eingetreten sind. Es kann der MLPD nicht entgangen sein, daß unsere Partei seit Jahren versucht, die politischen Voraussetzungen für eine breite Frontbildung gegen die Reaktion zu schaffen. Es kann ihr nicht entgangen sein, daß unsere Partei wesentlich am Zustandekommen eines klassenkämpferischen Wahlbündnisses zu den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein beteiligt war, wobei wir es begrüßen, daß die MLPD sich diesem Bündnis angeschlossen hat. Es kann der MLPD auch nicht entgangen sein, daß unsere Partei sich in Bremen an den Bemühungen um ein solches Bündnis beteiligt.

Wir halten es aber für eine Pflicht der MLPD, zu erklären, warum sie unter allen Umständen

den ein Bündnis revolutionärer Organisationen zur Wahl abgelehnt hat. Warum sie es für schädlich hält, wenn ein Bündnis revolutionärer Organisationen bei den Bundestagswahlen nicht nur für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse eintritt, sondern auch für die Notwendigkeit des Sozialismus? Es würde uns genauer interessieren, warum die MLPD meint, einer Wahlplattform, wie sie etwa von BWK und KPD jetzt beschlossen wurde, auf keinen Fall zustimmen zu können?

Was die MLPD während der Verhandlungen gesagt hat, hat uns nicht eingeleuchtet. Manches hat uns wegen seiner bornierten Überheblichkeit betroffen gemacht. Beispielsweise hatte die Verhandlungsdelegation unserer Partei die Notwendigkeit eines Wahlbündnisses der anwesenden Organisationen unter anderem auch damit begründet, daß dadurch dem verheerenden Eindruck, den die Zersplitterung der revolutionären Linken in der Arbeiterklasse hervorruft, entgegengewirkt werden könnte. In diesem Zusammenhang haben wir davon gesprochen, daß es notwendig sei, ernsthaft die Frage der Vereinigung der Marxisten-Leninisten in einer Partei zu stellen und den Willen zur Überwindung der Spaltung zu bekunden. In diesem Zusammenhang hat unsere Verhandlungsdelegation sich auch für einen Vorschlag des BWK ausgesprochen, eine gemeinsame theoretische Zeitschrift zu schaffen, um zumindest ein Mindestmaß an organisierter theoretischer Diskussion zwischen revolutionären Organisationen zu ermöglichen.

Das bezeichneten die Genossen der Verhandlungsdelegation der MLPD als „prinzipienlose Vereinigungsmacherei“ und sie führten zur Begründung ein Lenin-Zitat aus dem Jahre 1910 an, in dem Lenin sich gegen die Vereinigung bzw. Neutralisierung „einander feindlicher Richtungen“ in einer Partei ausspricht.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: auch wir wollen unterschiedliche Auffassungen, die zwischen der MLPD und unserer Partei bestehen, nicht unter den Teppich kehren, sondern auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus klären. Aber die tatsächlich bestehenden Widersprüche hindern uns nicht daran zu erkennen, daß es zwischen der MLPD und unserer Partei mehr Gemeinsames als Trennendes gibt. Vor allem sehen wir in der MLPD keine „feindliche Strömung“.

Wir können und wollen nicht glauben, daß ein Teil der von der MLPD bei den Verhandlungen gemachten Ausführungen wirklich gründlich überprüfte Positionen der MLPD sind; denn wir wollen und hoffen, daß in Zukunft mehr Zusammenarbeit zwischen unseren Organisationen möglich sein wird.

Neu erschienen!



Dokumente und Artikel zur „Affäre Flick/Lambsdorff“. Der Sonderdruck umfaßt neben Artikeln aus dem „Roten Morgen“ auch die im „Spiegel“ abgedruckten Vernehmungsprotokolle einiger Bonner „Spitzenverkäufer“. Die Zusammenstellung gibt einen kurzen Gesamtüberblick über die Entwicklung dieser Affäre. Preis: 10 Pfennig. Zu bestellen beim Verlag Roter Morgen.



1



2



7



8



9

## 1982 im Bild

Die Arbeitslosigkeit hat im Jahre 1982 einen absoluten Höchststand in der Geschichte der Bundesrepublik erreicht. (1) Während das Heer der Arbeitslosen zunimmt, kämpfen immer mehr Kollegen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Der Zusammenbruch von AEG, wir zeigen eine Streikversammlung in Westberlin (2), war nur der spektakulärste Fall. Bei Rockwell in Frankfurt wie auch bei Videocolor oder Heckel in Saarbrücken besetzten die Arbeiter ihre Betriebe. (3)

Gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn gingen hunderttausend Gewerkschafter auf die Straße. Unsere Bilder zeigen die Demonstrationen in Stuttgart (4) und Dortmund (5 und 6).

Die Reichen allerdings haben das Geld, so konnte der Flick-



10



5



3



11



4



12



6

Konzern Millionen Steuern hinterziehen, weil er führende Politiker aller großen Parteien geschmiert hat. Manager von Brauchitsch (7) mußte zwar gehen, die Politiker, allen voran Graf Lambsdorff aber sind weiter in Amt und Würden.

Neue Sündenböcke im Lande sollen die Ausländer sein. Der Ausländerhaß hat schon Opfer gekostet. Der rechtsradikale Oxner tötete bei einem Amoklauf ausländische Mitbürger (8), vor allem die Türken sind Zielscheibe der Ausländerfeindlichkeit (9). Aber es gibt auch die Bereitschaft offensiv gegen die Hetze vorzugehen. (10)

Vom Sozialabbau sind auch Schüler und Studenten betroffen. Gegen BAFöG-Kürzung und Verschlechterung der Chancengleichheit kämpft die Jugend (11).

1983 soll das Jahr der Stationierung der neuen Atomraketen sein. Gegen die Aufrüstungspolitik und den Besuch des US-Präsidenten Reagan demonstrierten im Juni in Bonn eine halbe Million Menschen. (12)

1982 war auch das Jahr der großen Wende. Die SPD-Regierung, offensichtlich nicht mehr in der Lage, die Krisenpolitik des Kapitals voll durchzusetzen, wurde durch die CDU/CSU/FDP-Regierung abgelöst, die jetzt die Wunschregierung des Kapitals darstellt. Schmidt ging, (13) Kohl kam (14). Bei den Neuwahlen zum Bundestag im Frühjahr wird die KPD als revolutionäre Alternative zu den bürgerlichen Parteien kandidieren.



13



14

# Erdbeben in Fieri

„Më shpejt erdhi Partia Sesa ne dolëm nga shtëpia!“  
„Als wir aus den Häusern kamen, war die Partei schon da!“

„Vorgestern Abend treffen wir in Roskovec ein, dem Epizentrum des Erdbebens vom 17. November, das zahlreiche Häuser zum Einsturz gebracht hat und viele weitere zerstört“, beginnt Përparim Xhixha von „Zëri i popullit“ seine Reportage aus dem Bezirk Fieri, abgedruckt am 19.11. „Kalt ist es und regnet. Es gibt Kinder, die in den Trümmern nach ihren Tornistern suchen. Die Betten sind mit Ziegeln bedeckt. Die blinden Naturgewalten haben Roskovec

Einige Zahlen und Fakten über das Ausmaß des Bebens. Stärke: 4,9 auf der Richterskala; maximale Intensität: 7 auf der Mercalliskala. Ein Todesopfer, 12 Verletzte; 6800 Wohnhäuser beschädigt, davon: 1100 unbewohnbar, 1700 schwer beschädigt, 400 mittel- und leichtbeschädigt; 167 sozial-kulturelle und Wirtschaftseinrichtungen beschädigt, davon: 17 unbewohnbar, 76 schwer beschädigt, 74 mittel- und leichtbeschädigt.

Diese Gesamtbilanz der Schäden ist einem Kommuniqué des Ministerrats der SVRA entnommen. Ich ergänze diese Angaben mit Einzelheiten aus der Presse:

Roskovec, Bezirk Fieri, das Epizentrum des Bebens: 110 Häuser unbewohnbar, 199 schwer beschädigt, 176 mittel- und leichtbeschädigt; 3 Schulen und 2 Kindergärten beschädigt.

Ngurrëz, Bezirk Lushnja: 430 Häuser und 7 Objekte beschädigt; im gesamten Bezirk Lushnja sind 7 Schulen beschädigt.

Im gesamten Bezirk Berat sind 240 Häuser unbewohnbar usw. usw.

„... bebte es auch in unseren Herzen und Gedanken. Unsere Herzen füllten sich mit großer Sorge über die Menschen“, hieß es in der oben zitierten Reportage.

Wer das sozialistische Albanien nur ein wenig kennt, und erst recht derjenige, der nur ein bißchen von dem gehört hat, wie das ganze albanische Volk die Folgen des Erdbebens vom 15. April 1979 in den Bezirken Shkodra und Lezha in Rekordzeit beseitigt hat, der weiß, was für eine „große Sorge“ das ist, mit der sich die „Herzen der Menschen“ füllt.



Zerstörungen beim Erdbeben 1979

Keine zur Passivität verurteilte Sorge, keine Sorge, die sich allenfalls in aufopferungsvollen solidarischen Einzelaktionen erschöpft, keine Sorge, die einen zwingt, die Hand dem Ausland zwecks Hilfe entgegenzustrecken, keine Sorge, die das ungewisse Los der vom Erdbeben Betroffenen beweinen

müßte, sondern eine Sorge, die sich auf der Stelle in Aktion verwandelt, in eine Aktion, die unter dem großen traditionellen Motto der Arbeiterbewegung steht und abläuft „Alle für einen und einer für alle“, ein Motto, das im sozialistischen Albanien sozusagen zur Staatsdoktrin geworden ist.

„Der Staat der Diktatur des Proletariats, unsere sozialistische Gesellschaft, mit der Partei der Arbeit Albaniens an der Spitze, mit ihren unerschöpflichen Möglichkeiten und wirtschaftlichen Reserven, mit den Kräften des großzügigen Geistes unbeugsamer Menschen, haben das Erdbeben schnell besiegt, haben alles, was zerstört worden war, wieder aufgebaut, Schulen, Kulturhäuser, Kinderkrippen und Kindergärten, Geburtskliniken, Straßen, Wasserleitungen und viele andere notwendige Objekte, und haben sie den Brüdern und Schwestern der Gebiete zum Geschenk gemacht, die von diesem Unglück heimgesucht worden sind.“ So hat sich Genosse Enver Hoxha zu den Arbeiten zur Beseitigung der Erdbebenschäden vom April 1979 geäußert.

Und diese Arbeiten sind jetzt wieder in vollem Umfang angefallen. Keine zwei Stunden nach dem Beben waren die führenden Genossen der örtlichen Partei- und Machtorgane vor Ort, trafen die ersten Lastwagen mit Baumaterial ein, kamen die ersten Freiwilligen. In Fieri beispielsweise wurden sofort 17 Gruppen aus Ingenieuren und anderen Spezialisten zusammengestellt, die in die vom Beben betroffenen Dörfer aufbrachen.

Als Abgesandte des ZK der PAA und des Ministerrats wa-

heftig geschüttelt, das junge Fieri und das uralte Berat sowie das Lushnja der großen Getreidekammer erbeben lassen.

Das Erdbeben war auch in Vlorë, Skrapar, Tirana... zu spüren, in ganz Albanien war es zu spüren. Und mit eben derselben Intensität bebte es auch in unseren Herzen und Gedanken. Unsere Herzen füllten sich mit großer Sorge über die Menschen.“

schalteten sich auch in die Arbeiten der örtlichen Stäbe ein.

Mittlerweile hatte auch der Ministerrat eine Sonderregierungs-kommission ins Leben ge-



Soforthilfe im nationalen Maßstab ...

rufen, „damit“, wie es im Kommuniqué des Ministerrats heißt, „innerhalb des Monats Dezember 1982, an der Schwelle zum neuen Jahr 1983, sämtliche Folgen dieses Erdbebens voll und ganz liquidiert sind und alles wieder seinen normalen Gang geht“. (Hervorhebung von mir, J.V.)

Im ganzen Land, in allen Betrieben, treten die Belegschaften zu Beratungen zusammen, aus allen Bezirken des Landes treffen Telegramme bei den Partei- und Machtorganen der betroffenen Bezirke ein. „Was für Schäden habt ihr? Was braucht ihr?“

Schon am 19.11. kann „Zëri i popullit“ die ersten von den Werktätigen ergriffenen Maßnahmen publizieren:

„Wir werden für den Aufbau der Wohnhäuser in den betroffenen Gebieten vier Kräne (0,5 T) zur Verfügung stellen. Betrieb für Industriemontage.“

„Unter der Führung der Grundorganisation der Partei äußert unser Kollektiv, Kraftfahrer und Mechaniker, wie stets seine Bereitschaft und Solidarität, in den vom Erdbeben heimgesuchten Gebieten mitzuhelfen. Betrieb für Kommunaltransport, Tirana.“

„... bis jetzt haben rund 170 Jugendliche ihre Bereitschaft geäußert, ins Erdbebengebiet aufzubrechen...! Jugendkomitee des Bezirks Kukës.“

„... schon seit den ersten Morgenstunden erreichen uns Meldungen, Briefe und Telegramme von verschiedenen Organisationen des Jugendverbandes und von einzelnen Jugendlichen, die zum sofortigen Aufbruch bereit sind, um ihren Brüdern und Schwestern bei der Beseitigung der Erdbebenfolgen zu helfen... Jugendkomitee des Bezirks Shkodra.“

Es ist noch zu früh, einen genauen Überblick über die Maßnahmen der Machtorgane zu geben, aber in welche Richtung diese Maßnahmen getroffen werden, wird klar aus den Worten von Mehmet Bogdani, stellvertretender Vorsitzender des Exekutivkomitees des Bezirksvolksrats Fieri:

„Die gesamte materielle Basis, über die wir verfügen, haben wir jetzt den geschädigten Dörfern zur Verfügung gestellt.“

Und der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivkomitees des Bezirksvolksrats Lushnja meinte gegenüber der Presse:

im Kapitalismus, wo Tendenzen der Spaltung und der Korruption wirken. Aber Solidarität gibt es im Kapitalismus selbstverständlich auch. Die Frage ist, welche gesellschaftlichen Bedingungen herrschen, ob sie diesem Bewußtsein gestatten, sich in die gesellschaftliche Tat zu verwandeln oder nicht. Diese Bedingungen herrschen hier in Albanien und haben zu einer stählernen Einheit im Volk geführt, so daß dieses Volk im wahrsten Sinne des Wortes seine Kräfte

wäre auch das Wahlergebnis vom 14.11. zu diskutieren und zu beurteilen, das mit Sicherheit von nicht wenigen belächelt, bezweifelt, beargwöhnt oder für schlicht gefälscht gehalten wird. Ohne an dieser Stelle vom Thema abkommen zu wollen, das, was sich jetzt anlässlich des Erdbebens tut, ist ein, wenn auch nur sehr begrenzter, konkreter Ausdruck dieser erstaunlichen 99,99 Prozent. Aber behandeln muß man diese Frage ausführlich, denn die antikomunistische Propaganda tut's sowieso!

Werfen wir noch einen Blick in die Presse vom 20.11., also drei Tage nach dem Erdbeben. Drei Zwischenüberschriften fallen ins Auge:

„In allen vom Erdbeben des 17. November heimgesuchten Gebieten gehen Arbeit und Leben normal weiter.“

„In Donofrosa und Poshnja, Bezirk Berat, sind 13 Genossenschaftsfamilien nach den vom Erdbeben verursachten Schäden in ihre reparierten Häuser zurückgekehrt.“

„Im Bezirk Fieri wurde allein während des gestrigen Tages die Reparatur von 33 Häusern und zwei Wirtschaftsobjekten abgeschlossen.“

„Im Bezirk Lushnja sind bis gestern 56 Wohnhäuser und 22 sozialkulturelle und Wirtschaftsobjekte repariert worden.“

Der Genossenschaftsbauer Ndiu Bardhi aus Bubullima meint: „Silvester feiern wir in neuen Wohnungen. Darum werden wir das erste Glas in diesen Häusern auf das Wohl der Partei und des Genossen Enver leeren!“

Mit vielen Grüßen aus Tirana Johannes Vetter

wie ein Mann entfalten kann, was im Falle von Naturkatastrophen besonders wirkungsvoll zur Geltung kommt, aber auch auf politischem Gebiet (eigentlich noch eindrucksvoller); an dieser Einheit hat sich schon so mancher Feind den Schädel eingekant. Unter diesem Aspekt



... mit Großaufgebot

## HÖRT RADIO TIRANA

| UHRZEIT     | 1. Programm          | WELLENLÄNGE                                   |
|-------------|----------------------|-----------------------------------------------|
| 14.00-14.30 | 9375 kHz<br>7310     | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW            |
| 15.30-16.00 | 9375<br>7310         | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW            |
| 17.00-17.30 | 9375<br>7310         | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW            |
| 19.00-19.30 | 9375<br>7310         | 31 Meterband KW<br>41 Meterband KW            |
| 20.00-20.30 | 7310<br>9375<br>1395 | 41 Meterband KW<br>31 Meterband KW<br>215m MW |
| 2. Programm |                      |                                               |
| 22.30-23.00 | 7310<br>5985<br>1458 | 41 Meterband KW<br>49 Meterband KW<br>206m MW |
| 24.00-24.30 | 7310<br>5985<br>1458 | 41 Meterband KW<br>49 Meterband KW<br>206m MW |
| 07.00-07.30 | 7310<br>9375<br>1395 | 41 Meterband KW<br>31 Meterband KW<br>215m MW |



# Die Brillen

**E**s gab einmal ein großes, reiches Land, in dem herrschte stets Ruhe und Ordnung. Obgleich es auch in diesem Lande Arme und Reiche gab und die Armen von den Reichen ausgebeutet wurden, hörte man doch niemals ein Wort der Klage, geschweige denn Murren oder Drohungen. Der König saß dick, fett und vergnügt auf seinem goldenen Thron, die Bürger lebten dick, fett und vergnügt in ihren schönen Häusern und die Armen schufteten geduldig zwölf Stunden am Tag in den Fabriken und auf den Feldern, und wenn sie hungrig blieben und der Lohn nicht langte, schienen sie es gar nicht zu bemerken.

Dies aber kam so. Vor vielen hundert Jahren hatte in diesem Land ein böser Zauberer gelebt, ein Freund des Königs. Dieser Zauberer vermochte in die Zukunft zu schauen und ahnte, die Armen würden sich nicht immer wie Tiere behandeln lassen, eines Tages würden sie ihr Recht fordern, und dann werde es mit der Herrlichkeit der Könige und der Bürger vorbei sein. Dies wollte er verhindern. Sein ganzes Leben lang saß der Zauberer in seiner Arbeitsstube, schnitt Glas in kleine runde Scheiben, gab ihnen verschiedene Färbungen und verfertigte aus ihnen Brillen. Dann gebot er dem König, er und seine Nachfolger mögen dafür sorgen, daß jedem neugeborenen Kind sofort eine Brille aufgesetzt werde, die es bei Todesstrafe nicht abnehmen dürfe.

In einem ungeheuren Raum lagen sorglich auf Holzwohle gebettet unzählige Brillen. Ein Nachkomme des Zauberers waltete hier, ihm wurde sogleich die Nachricht gebracht, wenn ein Kind auf die Welt gekommen war, und dann wählte er die entsprechende Brille und setzte sie selbst dem Kind auf das Näslein oder ließ dies von einem seiner Beamten besorgen.

Die Brillen waren aber gar verschiedener Art. Die kompliziertesten jene, die den Kindern der Armen aufgesetzt wurden; an diesen Brillen hatte der alte Zauberer fast fünfzig Jahre gearbeitet, bis sie ihm endlich gelang. Die Gläser waren derart geschliffen, daß die durch sie blickenden Armen ihre Brüder und Schwestern ganz klein und hilflos und als minderwertige Geschöpfe sahen, schauten sie jedoch auf die Bürger und gar auf den König, so deuteten sie diese, durch die Brille gesehen, mächtige, schier gottähnliche Wesen, denen alles Gute der Welt zukommt, deren Macht niemand widerstehen kann und die das Recht haben, alle ändern zu ihren Knechten zu machen. Auch die richtige Färbung der Brillen hatte dem alten Zauberer viel Kopfzerbrechen verursacht; sie mußte nämlich so sein, daß der Brillenträger, sein elendes Kellerloch betrachtend, dieses für ganz behaglich und schön hielt, andererseits aber durfte er, wenn er an den Häusern und Gärten der Bürger, an den Schlössern und Parks des Königs vorbeikam, nicht deren Pracht und Herrlichkeit erkennen, weil er sonst am Ende unzufrieden geworden wäre.

Die Anfertigung der für die Bürger bestimmten Brillen war

dem Zauberer leichter gefallen, hier hatte er bloß ein wenig Gold oder Silber mit dem Glas vermischen brauchen, damit der Bürger, wohin auch immer er blicken möge, stets nur Gold und Silber, aber niemals lebende Menschen sah. Diese Gläser waren auch so geschliffen, daß es den Bürger, wenn er Arbeiter betrachtete, deuchte, sie seien Maschinen, ausschließlich zu seinem Nutzen angefertigt.

Am leichtesten fiel es dem Zauberer, die Brille für den König zu machen. Diese brauchte gar nicht geschliffen zu werden, wurde bloß einmal in das Blut des grausamsten und zweimal in das Blut des dümmsten Menschen getaucht, der jemals gelebt hatte, und schon sah der König durch sie alles, was Könige zu sehen pflegen, und sah es so, wie es sich für einen König zu sehen geziemt.

Dann gab es noch eine kleine Anzahl großer, rosig gefärbter Brillen, die aber sehr selten gebraucht wurden; in den dreihundert Jahren, die seit dem Tode des alten Zauberers verflossen waren, hatten dessen Nachkommen sie bloß drei Menschen auf die Nase zu setzen gebraucht. Diese Brillen waren für jene merkwürdigen Leute, deren Augen trotz der gewöhnlichen Brillen dennoch etwas von der Wirklichkeit sahen.

Da hatte es zum Beispiel einmal einen jungen Dichter gegeben, der war Hofpoet, lebte am Königshofe herrlich und in Freuden, war von allen Bürgern geachtet und geehrt. Er schrieb schöne Gedichte zum Preise des Königs und dessen weiser Regierung und auch frohe Lieder für die Bürger, in denen er deren Tugenden lobte. Man hätte glauben sollen, der junge Dichter sei der glücklichste Mensch der Welt, und wirklich schaute er auch durch seine silbergefleckte Brille gar fröhlich drein. Die Bürger freilich störte es trotz aller Achtung, daß der Dichter nicht so schön fett werden wollte wie sie, aber da er ja doch ein Dichter war, verziehen sie es ihm.

Nun aber geschah es, daß sich der Dichter einmal ins Armenviertel verirrt. Es war ein herrlicher Sommertag und die Sonne schien so heiß, daß auf dem einen Brillenglas das Silber schmolz. Da sah der Dichter mit einem Auge die Wirklichkeit und sie erschreckte ihn so sehr, daß er laut aufschrie. Er sah müde, schuftende Menschen, hagere, kranke Frauen, verkümmerte, hungrige Kinder, ihn deutete, dies habe außer ihm noch niemand gesehen und er müsse es allen verkünden. Er lief zu den Bürgern, vergrub weinend den Kopf in die Hände und erzählte ihnen das Furchtbare, was er geschaut. Sie lachten und meinten, er sei wohl von der Hitze verrückt geworden. Da blickte er auf und sein eines Auge sah die Wirklichkeit. Er schrie den Bürgern zu: „Räuber! Mörder!“ und rannte zum König, denn dort hoffte er Hilfe zu finden. Da er jedoch den König auf dem Thron sitzen sah, mußte er aufbrüllen: „Du böser, grausamer Trottel! Mit welchem Recht sitzt du hier auf dem Thron?“

Der Dichter wurde gefesselt, fortgebracht und wäre bestimmt auch hingerichtet worden, hätte nicht der Zauberer, der

Brillenverwalter, für ihn ein gutes Wort eingelegt und dem König erklärt, woher das Unheil komme. So wurde denn der tobende Dichter zum Zauberer geschleppt, dieser setzte ihm eine rosige Brille auf die Nase und sprach: „Deine alte Brille war verdorben, Freund, deshalb glaubtest du so erschreckende Dinge zu sehen. Geh nun auf die Straße, blicke dich um und du wirst deinen Irrtum erkennen.“

Der Dichter gehorchte, und nun, durch die rosige Brille betrachtet, deuchte ihn alles gut und schön. Die Armut erschien ihm als etwas Verklärtes, Heiliges, er dachte: „Arbeit ehrt und adelt, wie glücklich sind die Menschen, die sich zwölf Stunden am Tag adeln dürfen.“ In den Bürgern erkannte er seine tugendhaften Freunde wieder, und als er vor den König trat, blendete ihn dessen Glanz, und er sank voller Ehrfurcht auf die Knie.

Nach diesem Vorfall gab es im ganzen Land wieder viele, viele Jahre Ruhe und Ordnung.

Doch als der junge Dichter ein alter Dichter geworden war und im Sterben lag, streifte er die Brille von den brechenden Augen, und in dieser Sekunde glaubte er wieder, was er an jenem Sommertag gesehen. An seinem Bett saß eine junge Magd, die ihn treu gepflegt hatte. Der Dichter griff nach ihrer Hand und stammelte: „Die Brillen, nehmt die Brillen ab. Seht!“

Dann starb er. Die junge Magd kehrte versonnen und etwas verwirrt zu den Ihren heim. Sie hatte zwar die Worte des Sterbenden nicht recht verstanden, denn die Brillen beeinflussen nicht bloß die Augen, sondern auch das Gehirn, doch blieben sie ihr im Gedächtnis haften, und sie fragte sich bisweilen im geheimen, wie wohl die Welt aussehen möge, wenn man sie ohne Brille betrachtete.

Bald darauf heiratete sie einen Schuster, und als ihr erstes Kind, ein prächtiger Knabe, zur Welt kam und sie dessen große leuchtende Augen sah, fielen ihr abermals die Worte des Dichters ein, und sie dachte betrübt, es sei gar schade, diese schönen Augen hinter einer häßlichen Brille zu verstecken. Doch ging es nicht anders, der Zauberer kam, setzte dem kleinen Fritz die Brille aufs Näschen, und damit war alles in Ordnung.

Aber es war seltsam, der kleine Fritz wollte die Brille nicht dulden, versuchte immer wieder, sie abzunehmen, so daß die Eltern ewig fürchten mußten, dies werde ihm einmal gelingen, er werde ohne Brille auf die Straße laufen, von den Hütern der Ordnung so ertappt und gemäß den Gesetzen des Landes hingerichtet werden. Aber alles Bitten und Drohen fruchtete nichts; sobald Fritz allein war, riß und zerrte er an der widerlichen Brille, die man ihm am Hinterkopf auf kunstvolle Weise befestigt hatte.

Als der Knabe schon erwachsen war, gelang es ihm bisweilen, die Brille abzureißen, dann sahen seine erschrockenen Augen gar furchtbare Dinge: Elend und Not und hilflose Ohnmacht auf der einen, Reichtum, Wohlleben, Pracht und Ungerechtigkeit auf der anderen Seite. Doch vermochte er all dies bloß immer einen Augenblick lang zu sehen,

denn stets kam ihm die Mutter oder die Schwester nachgelaufen, schalt und flehte, weinte und drohte, bis sie ihm die Brille wieder aufgesetzt hatte.

Aber das wenige, was er erspäht, genügte dazu, um im Herzen des Knaben große Traurigkeit und großen Zorn zu erwecken. Er dachte unentwegt darüber nach, wie man das Unrecht, das er erkannt hatte, aus der Welt zu schaffen vermöchte, und gelangte schließlich zu der Überzeugung, die Hauptschuld an allem trügen die Brillen. Blickten seine Genossen und Kameraden ohne Brillen in die Welt, so würden auch sie das Unrecht erkennen, das ihnen angetan wird und würden auch sehen, sie seien keineswegs so schwach und hilflos, wie ihnen dies die Brillen vortäuschen.

Und eines Tages, da der Vater in der Werkstatt arbeitete und Mutter und Schwester in der Küche schafften, riß Fritz die Brille ab, trat auf sie und zerstampfte sie in tausend Scherben.

Was nun seine sehenden Augen erblickten, betäubte ihn zuerst wie ein Schlag auf den Kopf; dann aber loderte in seinem Herzen ein Feuer auf, das ihn schier verzehrte und er schwor, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis auch seine Kameraden die Brillen abgelegt haben und wirklich sehen würden.

Vor allem aber galt es, seine Tat vor den Bürgern und dem König zu verbergen. Fritz band sich ein schwarzes Tuch um die Augen, erklärte, das Licht schmerze ihn, und die Bürger waren damit zufrieden, denn durch ein schwarzes Tuch, so meinten sie, sieht man noch schlechter als durch eine Brille.

Wenn die Dunkelheit der Nacht ihn schützend bedeckte, schlich Fritz zu den Kameraden, erzählte ihnen, was er geschaut, und forderte sie auf, die Brillen fortzuwerfen.

Zuerst verlachten sie ihn, als es ihm jedoch gelungen war, etliche zu überreden, für kurze Augenblicke die Brille abzunehmen, stellten sich diese auf seine Seite. Mit der Zeit wurden ihrer immer mehr, bis schließlich dreiviertel der Arbeiter zu den „Brillenfeinden“ gehörten.

Und eines Tages zogen die „Brillenfeinde“ bewaffnet, zu allem entschlossen, vor die Häuser der Bürger und den Palast des Königs. Sie drangen in die Häuser ein, rissen dem König und den Bürgern die Brillen ab und forderten ihr Recht. Der König aber erschrak so sehr, daß er auf die Straße stürzte, zu laufen begann und lief und lief, bis er in ein Land kam, wo noch alle Menschen Brillen trugen und Ruhe und Ordnung herrschte. Die Bürger setzten sich erst zur Wehr, da sie aber keine Brillen mehr trugen, mußten sie die Macht der „Brillenfeinde“ erkennen und einsehen, sie selbst seien jämmerlich dumme Bösewichte. Murrend, Zorn im Herzen, fügten sie sich den Geboten der „Brillenfeinde“.

Diese aber schufen nun wirklich Ordnung im Land: Wer arbeitete, erhielt genügenden Lohn, wer faulenzte, bekam nichts. Für die Kinder, die Kranken und Alten wurde gesorgt, und niemand besaß mehr, als ihm zukam.

(Dieses Märchen erschien 1923 im Malik-Verlag in der Reihe „Die Märchen der Armen“ von Hermynia zur Mühlen)



## Der Winter.

Der Winter ist ein kalter Mann,  
und viele Leute frieren.  
Der Bär hat warme Strümpfe an.  
Da kann man gratulieren.

„Früher hat es zu Weihnachten immer geschneit.“ Das haben schon uns alten Zeitungsschreibern unsere noch älteren Eltern immer erzählt. Muß schon sehr lange her sein... Heutzutage ist Weihnachten jedenfalls viel zu oft verregnet. Daß es ausge-rechnet in diesem Jahr richtige weiße Weihnachten gibt, können wir euch auch nicht versprechen. Aber wir wünschen es euch. Und uns auch.



Verbinde die Punkte von 1 bis 37, und du weißt, wer mitfährt



Peter, Anna, Bärbel, Inge, Michael und Klaus haben verabre-det, sich während der Weihnachtsferien gegenseitig anzuru-fen. Wer telefoniert hier mit wem?



# Viel Glück im neuen Jahr!

**Der österreichische kommunistische Journalist und Schriftsteller Jura Soyfer schrieb Ende der zwanziger Jahre das nachfolgende Weihnachtsstück. Es wurde bei proletarischen Veranstaltungen in der Weihnachtszeit aufgeführt.**

**Es ist zwar schon über fünfzig Jahre alt, aber in vielem aktuell wie damals. Das Stück, fast immer von Laiengruppen aufgeführt, ist so konzipiert, daß beide Darstellerguppen, die Armen, Arbeitslosen, Arbeiter sowie die Reichen, die Militärs und der Nazi-Führer gleichzeitig auf je einer Seite der Bühne agierten, weshalb manchmal die Dialoge der einen Gruppe von der anderen aufgenommen werden.**

**Jura Soyfer, der Autor, wurde übrigens wegen seiner Tätigkeit für die Kommunistische Partei ins KZ gebracht, wo er, erst 27jährig, im Februar 1939 starb.**



## Jura Soyfer

# CHRISTBAUM DER MENSCHHEIT

## Ein proletarisches Weihnachtsstück

### PERSONEN

#### Prediger

|                          |                             |
|--------------------------|-----------------------------|
| Arbeitsloser             | Bankier                     |
| Frau des Arbeitslosen    | Frau des Bankiers           |
| Tochter des Arbeitslosen | Sohn des Bankiers           |
| Landarbeiter             | Großgrundbesitzer           |
| Frau des Landarbeiters   | Frau des Großgrundbesitzers |
| Kriegerswitwe            | General                     |
| Sohn der Kriegerswitwe   | Diplomat                    |
|                          | Naziführer                  |

#### Sprechchor Ein Sprecher

I

*Man hört die ersten Takte von »Stille Nacht, heilige Nacht« auf dem Klavier.*

STIMME DES PREDIGERS: Nun ist Weihnachtsabend, meine Lieben. Vor nahezu 2000 Jahren ist der Herr zu den Menschen herabgestiegen und hat allen die Erlösung gebracht, die Erlösung für ...

KRIEGERSWITWE: Arm...

GROSSGRUNDBESITZER: ... und reich ...

STIMME DES PREDIGERS: Dieser Tag mahne uns, daß kein Hader und kein Zwist unter uns sei. O Mensch, trage ruhig dein Schicksal sorglos, neidlos ...

ARBEITSLOSER: ... arbeitslos ...

STIMME DES PREDIGERS: Denn es sandte dir dieses Schicksal ...

BANKIER: ... dein Herr!

STIMME DES PREDIGERS: ... und in die Hand deines Herrn bist du gegeben. Bezähmet Unmut und Groll und gehet hin zur Weihnachtsfeier mit dem Gefühl, daß ihr, eine einzige Kinderschar, eine einzige Weihnacht feiert unter einem großen Christbaum. Amen.

II

ARBEITSLOSER: Fertig, Frau. Nur fünf Kerzen an dem Baum. Armselige Christfeier, so was!

FRAU: Die Weihnachtsfreude haben sie dir ja nicht in die Unterstützung eingerechnet. Und du weißt eh: die Kohlenrechnung, der Zins, die Bäckerrechnung, die Rechnung ...

DIE KLEINE TOCHTER: Vater, Mutter, darf ich schon rein? Ich bin schon soo neugierig auf die Bescherung. Ist das Christkindl mit dem Auspacken no net fertig?

ARBEITSLOSER: Na komm halt rein, Mädel!

DIE KLEINE TOCHTER: Ist's a Puppen? Und der Puppenwagen Mutter, der ist doch blau und net ... (Sie bemerkt, daß der Bescherungstisch ganz leer ist, erschrickt und verstummt.) Der Arbeitslose geht, die Hände in den Taschen, nervös auf und ab, pfeift wieder »Stille Nacht ...«.

III

BANKIER: Egon, das Christkindl hat erfahren, was für gute Geschäfte dein Vater in der Bank gemacht hat. Na, da hat es sich zusammen genommen und dir Geschenke gebracht, die des Sohnes eines großen Wirtschaftsführers würdig sind. Das Christkindl hält was auf Standesehre.

TOCHTER DES ARBEITSLOSEN: Vater, in der Religionsstund' hab' ich g'lernt, daß am Weihnachtstag alle Christen gleich sind; so, als ob alle um denselben Baum sitzen möchten.

ARBEITSLOSER: Das sind so Redensarten. Weißt, versprechen tuns' ja immer viel, aber nur fürs Jenseits ...

SOHN DES BANKIERS: Vater, sitzen die Armen auch an einem Christbaum wie wir?

BANKIER: Gewiß, Kind. Aber die Sorge um die Armen überlasse der Regierung und dem Wohltätigkeitsverein, dem ich reichlich gespendet habe. Und wenn die Leute auch auf

Erden arm sind, im Jenseits wird ihnen alles vergolten werden mit Zinsen und Zinseszinsen ...

FRAU DES BANKIERS: Aber Kamillo, sprich doch nicht immer von Geschäften! Komm, das Essen ist fertig!

SOHN DES BANKIERS: Was kriegen wir denn?

FRAU DES BANKIERS: Pscht! Eine Überraschung ...

TOCHTER DES ARBEITSLOSEN: Was gibt's denn heut für Weihnachtsessen, Mutter?

FRAU DES ARBEITSLOSEN: Pscht! Eine Überraschung ...

FRAU DES BANKIERS: Eine Hummermayonnaise, Gansbraten ...

FRAU DES ARBEITSLOSEN: Jeder eine doppelte Portion Margarine ...

FRAU DES BANKIERS: Schokoladecremtorten, Champagner, Obst ...

FRAU DES ARBEITSLOSEN: Jeder ein paar Aschantinüsse und zwei Äpfel ...

IV

STIMME DES PREDIGERS: Die Glocken läuten Freude für alle Menschen einmal im Jahr.

SPRECHCHOR: Ist das wahr?

STIMME DES PREDIGERS: Die Welt ist gerecht und wunderbar!

SRECHCHOR: Ist das wahr? Ist das wahr? Wir fragen euch!

V

GROSSGRUNDBESITZER: Na, Frau, wie gefallen dir die zwei Reitstuten, die ich dir zu Weihnachten geschenkt habe?

FRAU DES GROSSGRUNDBESITZERS: Sehr schön sind sie, mein Lieber, aber was ist mit dem Auot, das du mir versprochen hast? Ich als Baronin, als Gattin des größten Großgrundbesitzers!

GROSSGRUNDBESITZER: Na, wenn das Angebot an Getreide nächstes Jahr sinkt und die Brotpreise steigen, wirst du schon dein Auto kriegen.

FRAU DES LANDARBEITERS: Wo jetzt unsere Kinder überall Weihnachten feiern mögen, Mann ...

LANDARBEITER: Ja, die sind in alle Welt verstreut. Hoffentlich geht's ihnen besser als uns!

FRAU DES LANDARBEITERS: Alle sind die arbeitslos ...

LANDARBEITER: Na, glaubst du, wir Landarbeiter werden nächstes Jahr nicht auf die Walz müssen?

FRAU DES LANDARBEITERS: Der Herrgott wird schon eine gute, reiche Ernte schicken, damit wir nicht zu hungern brauchen.

FRAU DES GROSSGRUNDBESITZERS: Sag, und du hast dir heuer gar nichts gewünscht zu Weihnachten?

GROSSGRUNDBESITZER: Eines wünsch' ich mir von Herzen: daß es nächstes Jahr eine schlechte, eine miserable Ernte gibt!

FRAU DES GROSSGRUNDBESITZERS: Warum denn?

GROSSGRUNDBESITZER: Ja, liebe Frau, weil die Preise für Brot dann steigen! Dann kann ich dir auch das Auto kaufen! Die Preise, Frau, die Preise!

LANDARBEITER: Herrgott! An diesem Tag, der Dir gehört, flehe ich zu Dir ...

LANDARBEITER: ... schick uns eine gute Ernte, damit wir Arbeit kriegen und nicht hungern müssen ...

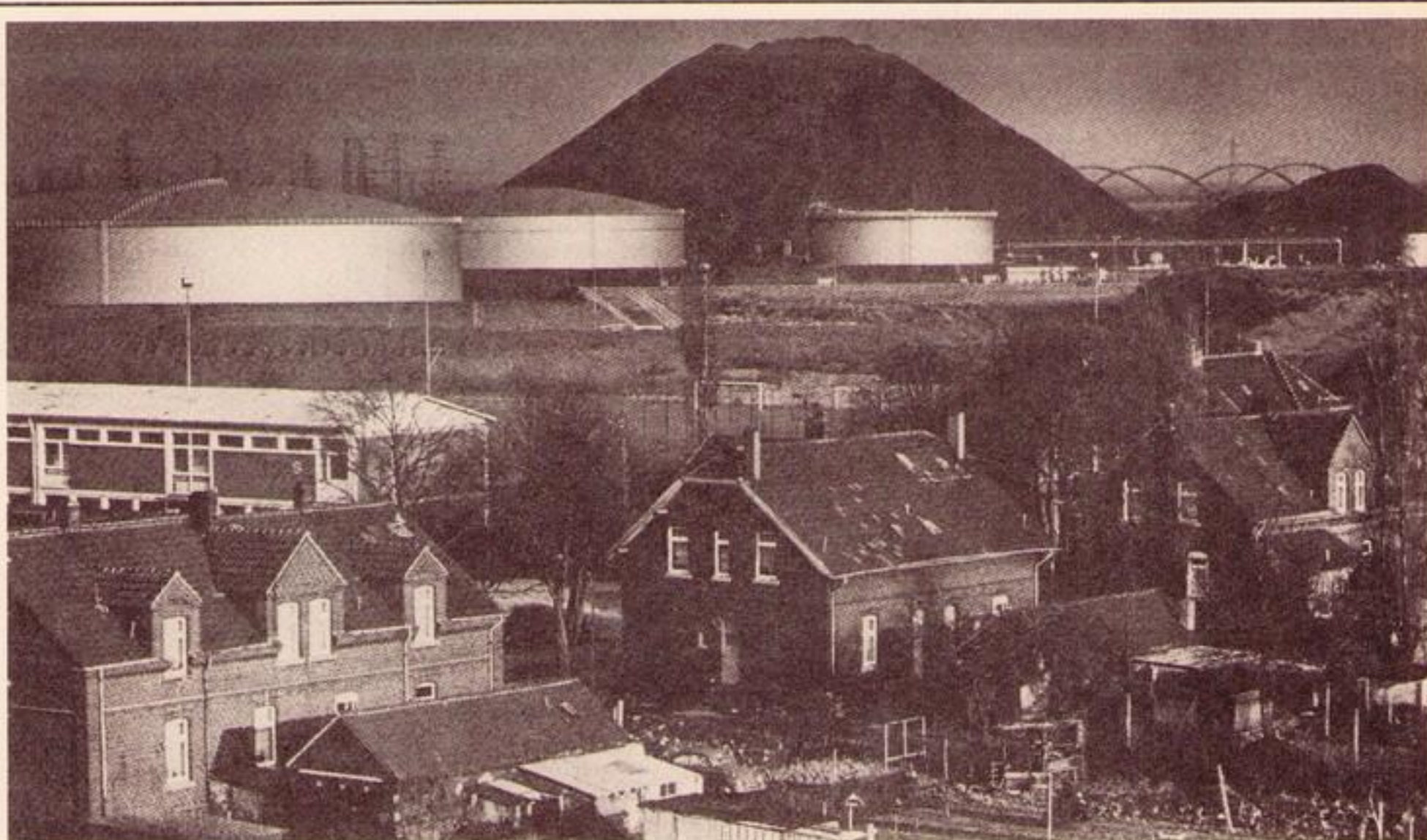
GROSSGRUNDBESITZER: Schick uns eine schlechte Ernte, mache die Saat verdorren, damit der Profit blühe!

LANDARBEITER: Eine gute Ernte, Herr!

GROSSGRUNDBESITZER: Eine schlechte Ernte, Herr!

LANDARBEITER: Herrgott, den ich preise ...

GROSSGRUNDBESITZER: Hergott, die Preise!



## Jura Soyfer Das Lied von der Erde

*Denn nahe, viel näher, als ihr es begreift,  
Hab ich die Erde gesehn.*

*Ich sah sie von goldenen Saaten umreift,  
Vom Schatten des Bombenflugzeugs gestreift  
Und erfüllt von Maschinengedröhn.*

*Ich sah sie von Radiosendern bespickt;  
Ich sah sie verlaust, verarmt — und beglückt  
Mit Reichtum ohne Maß.*

*Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,  
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde,  
In Armut und in Reichtum grenzenlos.  
Gesegnet und verdammt ist diese Erde,  
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,  
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß.*

*Denn nahe, viel näher als ihr es begreift,  
Steht diese Zukunft bevor.*

*Ich sah, wie sie zwischen den Staaten schon reift,  
Die Schatten vom Antlitz der Erde schon streift  
Und greift zu den Sternen empor.*

*Ich weiß, daß von Sender zu Sender bald fliegt  
Die Nachricht vom Tag, da die Erde genas.  
Dann schwelgt diese Erde, erlöst und beglückt,  
In Reichtum ohne Maß.*

*Voll Hunger und voll Brot ist diese Erde,  
Voll Leben und voll Tod ist diese Erde,  
In Armut und in Reichtum grenzenlos.  
Gesegnet und verdammt ist diese Erde,  
Von Schönheit hell umflammt ist diese Erde,  
Und ihre Zukunft ist herrlich und groß!*

VI

STIMME DES PREDIGERS: Es sprechen dieselbe Bitte zum Herrn alle Menschen einmal im Jahr.  
SPRECHCHOR: Ist das wahr?  
STIMME DES PREDIGERS: Dasselbe erleben die Menschen am Tage, der Gott gebirgt!  
SPRECHCHOR: Ist das wahr?  
STIMME DES PREDIGERS: Arm und reich sind eins im Gebet. Wie wunderbar!  
SPRECHCHOR: Ist das wahr? Ist das wahr? Wir fragen euch!

VII

KRIEGERSWITWE: Im Jahr 1916 hat dein Vater zum letzten Mal mit uns Weihnacht gefeiert. Siebzehn ist er am Isonzo gefallen. Du, Franz, du wirst aber nicht in den Krieg müssen, gelt?  
SOHN: Wer weiß, Mutter?  
KRIEGERSWITWE: Nein, Franzl, vom letzten Krieg haben die Menschen genug. Wer denkt denn heute noch an so ein grauenhaftes Morden?

VIII

GENERAL: Und so hoffen wir, meine hochverehrten Herren und Damen, daß wir zu Weihnachten 1933 so weit sind, daß unsere braven Truppen wieder draußen in den Schützengräben liegen. Das wäre für uns die schönste Weihnachtsbescherung!  
KRIEGERSWITWE: Schau, Franzl, wer sollte denn heute was davon haben, wenn ein Krieg losbricht?  
DIPLOMAT: Unsere Rüstungsindustrie würde ein gesundes Stahlbad mit Wonne begrüßen! Sie sieht in einem Krieg die einzige Möglichkeit, das Vaterland zu sanieren! Menschen müssen fallen, damit die Aktien steigen!  
KRIEGERSWITWE: Und wenn auch jemand kommandieren würde: Marsch in den Krieg, wer möchte da parieren?  
NAZIFÜHRER: Dem großen Führer Adolf Hitler ist es gelungen, Millionen deutscher Volksgenossen für den Krieg zu begeistern. Sie werden jubelnd gegen den Erzfeind ziehen!  
GENERAL: Was ist schöner als der Heldentod?  
KRIEGERSWITWE: Ein Kriegskamerad von ihm hat's erzählt, wie er ausgesehen hat, als ihn die Granate zerfetzte. Sein Gesicht war ein blutiger Brei, seine Schädeldecke war zertrümmert.  
GENERAL: Was ist ehrenvoller, als auf dem Felde der Ehre begraben zu werden?  
KRIEGERSWITWE: Ins Massengrab haben sie ihn geworfen und Kalk darübergegossen.  
GENERAL: In der Mandschurei feiern die kaiserlich-japanischen Truppen einen Sieg nach dem anderen. Die Fliegerangriffe sind erfolgreich. Den braven japanischen Truppen ein dreifaches, kräftiges ...

IX

STIMME DES PREDIGERS: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!  
SOHN DER KRIEGERSWITWE: Friede auf Erden — ist das wahr?  
SPRECHCHOR: Ist das wahr?

X

KRIEGERSWITWE, IHR SOHN, DER ARBEITSLOSE, SEINE FRAU, DER LANDARBEITER, SEINE FRAU (im Chor): Ist das wahr? (Zusammen mit dem Sprechchor, der jetzt hinter ihnen steht:) Das ist nicht wahr! Das ist nicht wahr!

SPRECHER DES SPRECHCHORS:

Ihr sagt, daß die Menschheit einmal im Jahr Sich um denselben Christbaum schar.  
Das stimmt! Doch hatte zu allen Zeiten Der große Christbaum der Menschheit zwei Seiten.  
Die eine behangen mit Flitter und Gold,  
Mit Backwerk und Englein wunderhold.  
Dort ist man glücklich allemal.  
Die andre Seite aber ist kahl.  
Dort feiern wir —

CHOR DER MÄDEL: Dort feiern wir, die hungrig sind und bloß ...

CHOR DER BURSCHE: Dort feiern wir, denn wir sind arbeitslos!

STIMME DES PREDIGERS: So wollt ihr das Lied vom Haß ewig lehren?

CHOR DER REAKTIONÄRE: Und niemals den Tag der Erlösung feiern?

SPRECHER: Ihr großen Herren, ihr möget euch trösten, Wir feiern, wenn wir uns selber erlösten!

Für uns wird der erste Christmorgen tagen,  
SPRECHCHOR: Wenn wir euch einst zum Teufel jagen!

SPRECHER: Der heutige Tag ist für uns

CHOR DER MÄDEL: Tag der Sehnsucht,

CHOR DER BURSCHE: Tag des Gelobens,

GANZER SPRECHCHOR: Tag des Kampfes.

SPRECHER: Und unsere Weihnacht wird die Nacht,

SPRECHCHOR: Die uns Verdammten Erlösung gebracht.

SPRECHER: Sozialistische Weihnacht, die Nacht,

Da die Verdammten der Erde erwacht!

SPRECHCHOR: Verdammte der Erde, erwacht!

## PREISRÄTSEL

# DREI JUNGE REVO- LUZZER

Sie sehen eigentlich nicht aus wie Revolutionäre, die drei Jünglinge, die wir hier abgebildet haben.

Abbildungen der drei im besten Mannesalter sind allerdings jedem Kommunisten bekannt. Kurz: die Preisfrage: wer sind sie?

Wer die drei richtig errät, hat schon gute Chancen, wer noch genau die Reihenfolge angibt (1,2,3), der liegt ganz vorn bei der Verlosung der Gewinne.

Der „Rote Morgen“ verlost unter den Einsendern den Bildband „Frans Masereel — Bilder gegen den Krieg“ — Die vierbändige Ausgabe des Romans „Klim Samgin“ von Maxim Gorki und die neue Platte von Konstantin Wecker „Wecker“.

Einsendeschluß ist der 5. Januar, die Gewinner werden wir im RM 2/83 bekanntgeben.

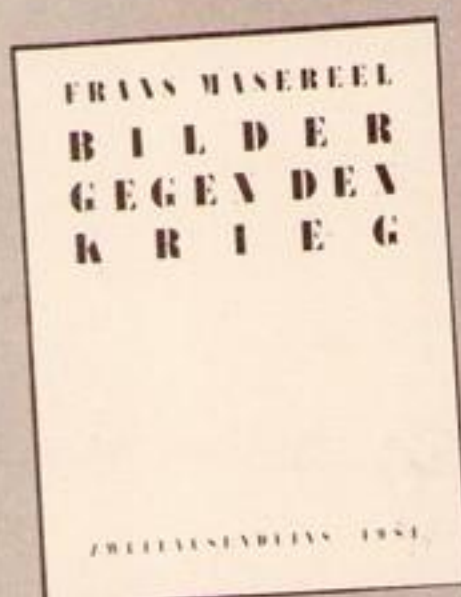


1.....

2.....

3.....

## DIE PREISE



Der neue  
„Rote Rebelle“  
ist viel dicker als bisher  
zum alten Preis. Aus dem Inhalt:

Über den Welthunger: Hungersnöte  
brechen nicht aus, sie werden  
vom Weizenhandel veranstaltet.

Mit Bahro ins grüne Mittelalter?

Widerstand gegen Hitler: Interview  
mit einem „Edelweißpiraten“

Das Parlament: Die Schwatzbude  
und vieles andere mehr.

Zu bestellen beim  
Verlag Roter Morgen,  
Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.



# Blockadeaktion in Kellinghusen

(Leserbericht)

Am 12. 12. wurde das Kasernentor der Liliencron-Kaserne von 11.00 bis 16.30 Uhr von ungefähr 150 Menschen, überwiegend Jugendlichen, blockiert. Zu der Aktion hatten gewaltfreie Aktionsgruppen aus Schleswig-Holstein aufgerufen. Ihr Vorbild war die Blockade in Großengstingen im Sommer 82.

In Kellinghusen wird atomare Artilleriemunition gelagert, die höchstens 30 km weit geschossen wird, also NATO-Bomben für Schleswig-Holstein. Das atomare Munitionsdepot liegt in einem weitläufigen Militärgelände mit mehreren Zufahrten. Die Blockade des Kasernentors sollte demonstrieren, wie ernst es uns mit der Forderung nach Beseitigung der Atomwaffen ist.

Die Aktionsteilnehmer versammelten sich ab 9.00 Uhr im örtlichen Jugendzentrum. Das hatte die örtliche Friedensinitiative möglich gemacht, die es seit



dem Sommer '82 in Kellinghusen gibt; es ist noch eine kleine Gruppe (5 bis 8 Aktivisten). Alle Teilnehmer waren in sogenannten Bezugsgruppen zusammengeschlossen, so daß niemand alleine und vereinzelt an der Aktion teilnehmen mußte. Aus diesen Bezugs-

gruppen wurde an diesem Morgen ein Sprecherrat gebildet, in dem das konkrete Vorgehen besprochen wurde. In diesem Rat gab es dann eine Meinungsverschiedenheit, ob man sich einhaken sollte, um der Polizei das Wegtragen zu erschweren. Die Mehrheit war gegen das Einhaken, von der Polizei würde das als Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefaßt. Die meisten sahen sich in ihrem Widerstand in der Tradition von Ghandi und Martin Luther King.

In meiner Gruppe wurde auch darüber gesprochen, wie konsequent wir blockieren sollten. Zwei hatten Angst. Sie hatten noch nie bewußt etwas

Verbotenes gemacht und noch nie selbst einen Polizeieinsatz miterlebt. Wir einigten uns so: Den Drohungen der Polizei weichen wir nicht, sollten sie aber ihre Gewaltmittel einsetzen, würden wir weichen.

Wir zogen dann in einem kleinen Demonstrationszug vom Jugendzentrum durch die Stadt zum Kasernentor. Einige, die nicht unmittelbar an der Blockade teilnehmen wollten, verteilten weiter Flugblätter. Am Tag zuvor waren schon 2000 Flugblätter verbreitet worden. Pünktlich um 11.00 Uhr war das Kasernentor blockiert. Den ganzen Morgen hatte es geregnet, aber während der ganzen Blockade regnete es dann nicht mehr. Die Polizei griff den ganzen Tag nicht ein, so daß wir nur gegen die Kälte zu kämpfen hatten. Einige hatten Musikinstrumente mit. Es wurde gesungen und getanzt oder Ball und Kriegen gespielt, um sich aufzuwärmen. Es war eine gute fröhliche Stimmung.

Einige wenige Kellinghusener kamen, um sich die Blockade anzusehen. Die wenigen, mit denen ich gesprochen habe, äußerten sich anerkennend und zustimmend. Zwei aus der örtlichen Friedensgruppe, mit denen ich gesprochen habe, meinten, daß diese Aktion ihrer Arbeit Auftrieb geben würde.

Als es dunkel wurde, zogen wir, angefaßt zu einer langen Kette, zurück zum Jugendzentrum.

Das war der Anfang von weiteren Blockade-Aktionen im nächsten Jahr, das war klar für alle, die mitgemacht hatten.

Jürgen

Robert Gernhardt:

(ingesandt)

## Vom lieben Gott, der über die Erde wandelte

Es begab sich einmal, als der liebe Gott wieder über die Erde wandelte, daß es dunkel wurde und er am Hause des reichen Mannes anklopfte und um ein Nachtlager bat.

Doch der reiche Mann erkannte nicht, wer da vor ihm stand, und so antwortete er: „Tritt herein, unbekannter Fremder, das ist wohlgetan, daß du bei mir anklopfst. Gleich werde ich dir das schönste Bett im ganzen Haus herrichten lassen, darf ich dich in der Zwischenzeit mit feinem Backwerk und köstlichen Weinen bewirten?“ Da gab sich der liebe Gott zu erkennen und sprach erfreut: „Dein Angebot ist sehr freundlich, reicher Mann. Die letzten Male, da ich über die Erde wandelte, mußte ich nämlich immer beim armen Mann absteigen. Und da hat es mir, ehrlich gestanden, gar nicht gefallen, bei dem war alles — unter uns gesagt — doch erschreckend ärmlich.“

Nach diesen Worten aber schmausten und tranken die beiden nach Herzenslust, und es wurde noch ein richtig netter Abend.

## Spendenliste

Spenden für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

|                      |                    |
|----------------------|--------------------|
| S. u. P. Pl., Marl   | 25000,— DM         |
| H.M., Nürnberg       | 700,— DM           |
| N.R., Düsseldorf     | 200,— DM           |
| W. u. C.H., München  | 100,— DM           |
| G. u. A.E., Dortmund | 20000,— DM         |
| KPD Rens-Murr        | 56,30 DM           |
| KPD Krefeld          | 500,— DM           |
| J.J., Neubernd       | 100,— DM           |
| M.D., Westberlin     | 500,— DM           |
| <b>Insgesamt</b>     | <b>47156,30 DM</b> |

Damit sind bisher für die Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD 161 706,40 DM an Spenden bei uns eingegangen. Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

+++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Leserbrief +++ Le

## RAF und RZ

An die Redaktion des „Roten Morgen“!

In eurer letzten Ausgabe (Nr. 48) hat mich auf der Seite 7 „Zimmermann beim BKA“ folgender Satz geärgert: „Der Terrorismus dieser Gruppe und ihre volks- und arbeiterfeindliche Ideologie lehnen wir ab.“ (Gemeint waren nicht die Neonazis, sondern die AF und RZ.)

1. Den militanten und gewalttätigen Kampf gegen den Imperialismus als Terrorismus zu diffamieren rückt die Genossen aus der Guerilla in die Ecke derer, die nicht nur die westdeutsche Arbeiterklasse durch Arbeitshetze, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Bullen, Faschisierung usw. terrorisieren, sondern auch für die Morde und Ausbeutung an den Menschen in der Peripherie (sogenannte 3. Welt) durch Faschismus, Krieg, Hunger, Völkermord etc. verantwortlich sind. Was die Genossen aus der Guerilla tun ist revolutionärer Kampf und kein Terrorismus!

2. Wenn ihr die Ideologie von RAF oder RZ ablehnt ist das eure Sache. Sie aber volks- und arbeiterfeindlich zu benennen ist falsch und zeugt von einer fehlenden Auseinandersetzung eurerseits mit dieser Ideologie oder aber von sträflichem Reformismus und falschem Massenopportunismus. Nach einer Auseinandersetzung mit der Ideologie der Genossen könnt ihr an ihnen in solidarischer Diskussion Kritik üben. Diese Ideologie aber pauschal als volks- und arbeiterfeindlich zu diffamieren, ist Spaltung und ganz im Sinne derer, gegen die wir kämpfen.

Euch die Ideologie von RAF und RZ auch nur ansatzweise zu erklären, dazu ist ein Leserbrief zu kurz.

Aus diesem Grunde muß er auch nicht abgedruckt werden.

Würde mich aber freuen, wenn ihr in absehbarer Zeit antwortet und dazu Stellung nehmen würdet.

Schwarz/rot Front („rot“ für die Freiheit, „schwarz“ für den Tod (Sandino))

B.W., Bielefeld

## Ausländisches

Ab und zu lese ich Artikel über verschiedene ausländische Organisationen (z.B. SAKE-Griechenland, IRSP-Irland, KP Irlands/ML). Nun stand ja schon öfter im „Roten Morgen“, daß es in jedem Land nur eine marxistisch-leninistische Partei geben kann (gäbe es zwei, müßen sie sich schnell vereinigen). Oben stehen aber zwei — fort-schrittliche — Parteien in Irland. Oder ist die IRSP aus der KPI/ML entstanden?

Mir fiel auch schon öfter auf, daß über die Gründung der einen oder anderen kommunistischen Organisation nichts im „Roten Morgen“ stand.

Ich kann mir vorstellen, daß so ein erfreuliches Ereignis im Ausland auch manche Leser/innen hier (besonders Kolleg/innen aus dem betreffenden Land) interessiert. Ich glaube kaum, daß dadurch der 16-seitige Rahmen des RMs überfordert wird.

Rot Front, ein Leser aus Wuppertal

## Anregungen

Ihr bringt ziemlich viel Meldungen, die in bürgerlich-liberalen Zeitungen auch enthalten sind, z.B. „Affaire Schwarz-Schilling“, „Stol-

ze-skandal“, über Straußens Söhne, die nicht zur Bundeswehr müssen.

Klar muß man das bringen. Aber ich finde, daß man gelegentlich auch häufiger andere, die Arbeiterbewegung betreffende Dinge bringen muß. beispielsweise versucht sich gerade jetzt die SPD als die Alternative der werktätigen Bevölkerung anzubieten (Forderungen nach arbeitspolitischen Maßnahmen, Protest gegen Kürzungen der CDU/CSU/FDP-Regierung usw.). Müßte da nicht im „Roten Morgen“ von marxistisch-leninistischer Sicht analysiert werden, welche Rolle die SPD in der Arbeiterbewegung heute spielt (z.B. Gewerkschaften)? In wessen Interesse sie agiert?

Weiterhin wäre es doch sehr wünschenswert, daß gelegentlich (eventuell in kleiner Folge) — und nicht nur bei großen historischen Anlässen — Dinge dargestellt werden, die auch noch heute wichtig sind. Zum Beispiel „Hitler-Stalin-Pakt“ oder die Frage der „Vertriebenen“ usw.

Oder eine kleine Schulungsreihe „Was ist Imperialismus“ oder „Über den Staat“ usw. Denn nicht viele lesen die Klassiker oder das Theoretische Organ der Partei.

Es gibt noch viele Themen, das sind nur Anregungen. Was meint ihr dazu?

Tschüß, ein Genosse aus Witten

## Falsch?

Ich habe mir überlegt, daß mir eure Forderung „Arbeit für alle“ nicht paßt. Arbeit hat man im Kapitalismus nur, wenn sich ein Kapitalist findet, der aus der Beschäftigung eines Arbeiters ein Geschäft ma-

chen kann. Er ist, wie der alte Marx sagt, daran interessiert, einen Mehrwert aus ihm herauszupressen, den Arbeiter auszubeuten.

Wenn man an der Analyse von Marx festhält, heißt eure Forderung „Ausbeutung für alle“. Das halte ich für falsch. Richtig wäre es, sich für Lohnsicherung auch bei Entlassungen einzusetzen. Sonst landet man bei der IG Metall, die gerade im Saarland das halbe 13. Monatsgehalt ihrer Mitglieder opfert, damit diese weiter arbeiten dürfen.

Eine Leserin aus Bremen

## Fragen zum Sonderparteitag

Liebe Genossen!

Ich habe Fragen zum Bericht über den Sonderparteitag (RM, 49, S. 9):

1. Wie kann ein Beschluß nach „langer und teilweise kontroverser Diskussion“ dann doch „einstimmig“ gefaßt werden? Ist das nicht eine beschönigende Formulierung?

2. Warum wird der Beschluß, in den Bundesländern ohne Parteikandidatur die SPD zu wählen (oder dies zumindest offen zu lassen), nicht mit einem Wort begründet? Dies ist doch immerhin ein Beschluß, der zum einen nicht unumstritten ist und zum anderen bisher von der Partei als falsch eingeschätzt wurde; noch vor zwei Jahren unterstützten wir die Forderung der Volksfront „Strauß stoppen heißt nicht (!) Schmidt wählen“!

3. Mit keinem Wort wird erklärt, warum ein klassenkämpferisches Wahlbündnis gescheitert ist. Bitte holt dies nach!

Gruß M., Hamburg

## Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen, im Frühjahr begannen wir mit einer großen Spendenkampagne anlässlich des 5. ordentlichen Parteitags der KPD. Inzwischen sind 161 706,40 DM an Spenden bei uns eingegangen. Damit haben wir unser Ziel noch nicht erreicht.

Wir rufen Euch deshalb heute auf: Setzt zum Endspurt an! Kehrt noch mal kräftig unter den Teppichen; seht zu, daß wir noch möglichst viel Spenden für die Partei zusammenkriegen. Viele von Euch haben Weihnachtsgeld bekommen; der Lohnsteuerjahresausgleich steht vor der Tür. Vielleicht ist hier noch das ein oder andere „Weihnachtsgeschenk“ oder „Neujährchen“ für die Partei drin. Die Leitungen und Zellenleiter rufen wir auf: Schaut noch mal gründlich in Euren Kassen nach, ob Ihr nicht noch Geld für die zentrale Spendenkampagne erübrigen könnt.

Genossen, als wir im Frühjahr zur Spendenkampagne aufrufen, wußten wir noch nicht genau, was uns 82/83 im Klassenkampf alles ins Haus steht. Nun stellt uns die gemeinsame Wahlbeteiligung von BWK und KPD auch vor neue finanzielle Herausforderungen. Und sicherlich wird es 83 insgesamt politisch turbulent zugehen, wo die Partei an vielen Fronten des Klassenkampfes eingreifen muß. Das kann sie aber in hohem Maße nur dann, wenn sie auch das dafür erforderliche Geld hat. Ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Dabei kann die Partei nur auf Eure Spenden und Beiträge zurückgreifen. Als kommunistische Partei hat sie keinerlei andere Geldquellen.

Führen wir deshalb unsere Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD weiter. Unser Ziel: 200 000 DM für die KPD bis zum Jahresende.

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient Deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.  
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800 DM für Ledige / 3600 DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Spenden für die KPD können nicht nur nachträglich beim Lohnsteuerjahresausgleich vom Einkommen abgesetzt werden, sondern auch für das laufende Lohn- und Gehaltsjahr. Wenn Ihr Anfang Januar eine Spende für die Partei macht, könnt Ihr Euch einen Freibetrag für Werbungskosten und Sonderausgaben auf der Lohnsteuerkarte eintragen lassen. Dann zahlt Ihr jeden Monat weniger Lohnsteuer und bekommt netto mehr raus. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß die Spende, Fahrtkosten, Gewerkschaftsbeiträge, Fortbildungskosten etc. insgesamt einen Betrag von mindestens 1800 DM ergeben. In dem Fall müßt Ihr einen **Lohnsteuerermäßigungsantrag** beim Finanzamt stellen.

## Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ....

- ☐ für 1 Jahr  
☐ für 1/2 Jahr  
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

## Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: .....

Straße: .....

Plz./Ort: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....  
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Partei-Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**